

88. Sitzung

am Dienstag, dem 14. Mai 2002, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6295	Beschluss	6296
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Dr. Thomas Goppel und Dr. Heinz Köhler	6295	Bestellung eines Mitglieds für den Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung	
Begrüßung der neuen Abgeordneten Frau Anna-Maria Förstner, Frau Eleonore Grabmair, Franz Kustner, Reinhard Pachner, Frau Ingeborg Pongratz, Stefan Schuster, Frau Hildegard Simon, Manfred Weber und Max Weichenrieder	6295	Beschluss	6297
Wahl der Mitglieder für das Präsidium		Bestellung eines Mitglieds für den Beirat nach Art. 5 des Gesetzes über die Organisation der elektronischen Datenverarbeitung im Freistaat Bayern	
Beschluss	6295	Beschluss	6297
Mitteilung betreffend stellvertretende Mitglieder im Ältestenrat	6295	Bestellung eines Mitglieds für das VIII. Kuratorium beim Haus des Deutschen Ostens	
Mitteilung betreffend Umbesetzungen in den Ausschüssen (s. a. Anlage 1)	6296, 6321	Beschluss	6297
Mitteilung betreffend stellvertretende Mitglieder in der Richterwahlkommission	6296	Bestellung von Mitgliedern für den Landessportbeirat	6297
Bestellung eines Mitglieds für die Enquete-Kommission „Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend“		Beschluss	6297
Beschluss	6296	Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion der CSU	
Bestellung eines Mitglieds für das Parlamentarische Kontrollgremium		„ Wachsende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen – Konsequenzen für Gesellschaft und Politik “	
Beschluss	6296	hierzu:	
Bestellung eines Mitglieds für die Datenschutzkommission		Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Siegfried Schneider, Unterländer, Dr. Kempfner u. Frakt. (CSU)	
Beschluss	6296	Wachsende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen – Konsequenzen für Gesellschaft und Politik (Drs. 14/9440)	
Wahl von neuen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden für die Gefängnisbeiräte bei verschiedenen Justizvollzugsanstalten		und	
		Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Werner-Muggendorfer, Prof. Dr. Gantzer u. Frakt. (SPD)	
		Wachsende Gewaltbereitschaft in der Gesell-	

schaft – Konsequenzen für die Kinder- und Jugendpolitik (Drs. 14/9441)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Christine Stahl, Elisabeth Köhler, Münzel, Schopper u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Mehr Zeit, Sicherheit und Handlungsspielräume für die Jugend** (Drs. 14/9439)

Glück (CSU)	6298
Maget (SPD)	6301
Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . .	6305
Frau Staatsministerin Hohlmeier	6306
Siegfried Schneider (CSU)	6309
Staatsminister Dr. Beckstein	6310
Frau Staatsministerin Stewens	6312
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	6314
Unterländer (CSU)	6315
Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	6317
Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 14/9439	6318

Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/9440	6319
---	------

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/9441	6319
---	------

(Bekanntgaben der Ergebnisse und Abstimmungslisten siehe Protokoll der 89. Sitzung)

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung** (Drs. 14/9394)

– Erste Lesung –

Verweisung in den Verfassungsausschuss	6318
--	------

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 63 Abs. 6 GeschO **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage 2)

Beschluss	6318, 6325
---------------------	------------

Schluss der Sitzung	6319
-------------------------------	------

(Beginn: 15.06 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 88. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen, meine Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei nachträgliche Glückwünsche aussprechen. Am 30. April feierte Herr Kollege Dr. Thomas Goppel einen halbrunden Geburtstag. Einen runden Geburtstag beging am 12. Mai Herr Kollege Dr. Heinz Köhler. Im Namen des Hohen Hauses und persönlich wünsche ich den beiden Kollegen alles Gute, vor allem Gesundheit und gutes Gelingen für ihre parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Landeswahlleiter hat mir in mehreren Schreiben die Namen derjenigen Damen und Herren mitgeteilt, die als Nachfolgerinnen und Nachfolger der ausgeschiedenen früheren Kolleginnen und Kollegen zum 1. Mai dieses Jahres die Rechtsstellung eines Mitglieds des Bayerischen Landtags erworben haben. Eine Liste der neuen Kolleginnen und Kollegen finden Sie auf Ihren Plätzen.

Ich begrüße zur heutigen Sitzung für Herrn Armin Nentwig Frau Anna-Maria Förstner,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Hermann Steinmaßl Frau Eleonore Grabmair,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Herbert Mirbeth Herrn Franz Kustner,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Christian Knauer Herrn Reinhard Pachner,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Josef Eppeneder Frau Ingeborg Pongratz,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Eberhard Irlinger Herrn Stefan Schuster,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Dr. Thomas Jung Frau Hildegard Simon,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Alfred Reisinger Herrn Manfred Weber

(Allgemeiner Beifall)

und für Herrn Georg Grabner Herrn Max Weichenrieder.

(Allgemeiner Beifall)

Ich heiße die genannten Kolleginnen und Kollegen im Hohen Hause herzlich willkommen. Ich wünsche ihnen für ihre neuen Aufgaben im Parlament Kraft, Erfolg und Gottes Segen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Wahl, Bestellung bzw. Bekanntgabe neuer Mitglieder/stellvertretender Mitglieder verschiedener Gremien

Zunächst zum Präsidium: Die zu Landräten gewählten bisherigen Präsidiumsmitglieder Christian Knauer und Herbert Mirbeth haben erklärt, mit Ablauf des 30. April 2002 auf ihr Landtagsmandat zu verzichten. Damit scheidet sie auch als Schriftführer aus dem Präsidium des Landtags aus. Von der vorschlagsberechtigten CSU-Fraktion wurden als Nachfolger für den bisherigen dritten Schriftführer Herr Knauer Herr Kollege Max Strehle und für den bisherigen sechsten Schriftführer Herr Mirbeth Herr Kollege Herbert Fischer benannt.

(Beifall bei der CSU)

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Besteht Einverständnis damit, dass von geheimer Wahl gemäß § 47 Absatz 3 der Geschäftsordnung Abstand genommen wird? –

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssten langsam festgestellt haben, dass wir mitten in der Sitzung sind. Es ist unmöglich, dass die meisten es gar nicht mitbekommen, wenn man etwas bekannt gibt, weil sie es bei diesem hohen Geräuschpegel nicht hören. – Ich hatte gerade gefragt, ob Einverständnis damit besteht, dass wir von geheimer Wahl Abstand nehmen. – Das ist der Fall. Dann kann die Abstimmung in einfacher Form erfolgen. – Besteht darüber hinaus auch Einverständnis damit, dass ich über die beiden Wahlvorschläge gemeinsam abstimmen lasse? –

(Herrmann (CSU): Ja!)

Das ist auch der Fall.

Wer den Vorschlägen der CSU-Fraktion seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Es ist so beschlossen. Damit sind die Kollegen Strehle und Fischer zum dritten bzw. sechsten Schriftführer des Präsidiums gewählt.

Wir kommen zum Ältestenrat. Gemäß § 15 Absatz 3 der Geschäftsordnung gebe ich bekannt, dass die CSU-Fraktion anstelle der ausgeschiedenen Kollegen Eppeneder und Reisinger Herrn Kollegen Dr. Gerhard Wasch-

ler zum ersten Stellvertreter und Herrn Kollegen Herbert Ettengruber zum zweiten Stellvertreter des Ältestenratsmitglieds Franz Meyer benannt hat.

Für das Amt der zweiten Stellvertreterin von Frau Kollegin Werner-Muggendorfer hat die SPD-Fraktion anstelle des Kollegen Dr. Jung Frau Kollegin Anna-Maria Förstner benannt.

Aufgrund der Kommunalwahlergebnisse sind auch zahlreiche Ausschussumbesetzungen vonseiten der Fraktionen der CSU und der SPD veranlasst worden. Die Umbesetzungen im Einzelnen können Sie der Ihnen vorliegenden Übersicht entnehmen, die ich gemäß § 24 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt gebe.

(siehe Anlage 1)

Zur Richterwahlkommission gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion das Ausscheiden ihres bisherigen Mitglieds, des Herrn Kollegen Dr. Jung, aufgrund dessen Wahl zum Oberbürgermeister mitgeteilt hat. Gemäß § 46 unserer Geschäftsordnung hat sie Frau Kollegin Marianne Schieder als dessen Nachfolgerin benannt. Als erste Stellvertreterin von Frau Schieder wurde Frau Bärbel Narnhammer und als zweiter Stellvertreter Herr Wolfgang Vogel benannt. – Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

Wir kommen zur Enquete-Kommission „Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend“. Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Herrn Hermann Steinmaßl Herr Kollege Engelbert Kupka zum Mitglied der Enquete-Kommission „Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend“ bestellt werden soll. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer mit dem Vorschlag der CSU-Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist Kollege Kupka zum Mitglied der Enquete-Kommission „Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend“ bestellt worden.

Zum Parlamentarischen Kontrollgremium: Zur Nachfolgerin von Herrn Kollegen Dr. Jung im Parlamentarischen Kontrollgremium hat die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion Frau Kollegin Helga Schmitt-Bussinger benannt. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Besteht damit Einverständnis, dass von geheimer Wahl gemäß § 47 Absatz 3 der Geschäftsordnung Abstand genommen wird? – Widerspruch erhebt sich nicht. Die Abstimmung kann somit in einfacher Form erfolgen.

Wer dem Vorschlag der SPD-Fraktion seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein.

(Widerspruch bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir enthalten uns!)

– Enthaltung bei den GRÜNEN? Aber Kollege Hartenstein hat zugestimmt. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist so beschlossen.

Datenschutzkommission: Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass sie anstelle des Kollegen Bernd Siblinger Herrn Kollegen Manfred Weber als neues Mitglied der Datenschutzkommission vorschlägt. Darüber ist Beschluss zu fassen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer mit dem Vorschlag der CSU-Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Wahl von neuen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden für Gefängnisbeiräte bei verschiedenen Justizvollzugsanstalten: Wegen des Ausscheidens verschiedener Abgeordneter aus dem Landtag aufgrund der Kommunalwahl sind auch die Vorsitzenden der Gefängnisbeiräte bei den Justizvollzugsanstalten Landshut und Laufen sowie die stellvertretenden Vorsitzenden der Gefängnisbeiräte bei den Justizvollzugsanstalten Amberg, Erlangen und Regensburg neu zu wählen.

Die vorschlagsberechtigte CSU-Fraktion hat als Vorsitzende des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt Landshut Frau Ingeborg Pongratz, als Vorsitzenden des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt Laufen Herrn Stefan Jetz und als stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats der Justizvollzugsanstalt Regensburg Herrn Herbert Fischer benannt.

Die SPD-Fraktion hat als stellvertretende Vorsitzende des Gefängnisbeirats der Justizvollzugsanstalt Amberg Frau Kollegin Anna-Maria Förstner, als stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt Erlangen Herrn Kollegen Wolfgang Vogel und an dessen Stelle als ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats bei der Justizvollzugsanstalt Nürnberg Herrn Kollegen Stefan Schuster benannt. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein.

Besteht damit Einverständnis, dass von geheimer Wahl gemäß § 47 Absatz 3 der Geschäftsordnung Abstand genommen wird? – Kein Widerspruch. Damit erfolgt die Abstimmung in einfacher Form.

Besteht außerdem damit Einverständnis, dass wir über alle Wahlvorschläge insgesamt abstimmen? – Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer den Vorschlägen der Fraktionen der CSU und SPD seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit sind die benannten Kolleginnen und Kollegen zu Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden der Gefängnisbeiräte der jeweiligen Justizvollzugsanstalten gewählt.

Wir kommen zum Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung. Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass für das bisherige Mitglied im Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung, Herrn Georg Grabner, eine Neubestellung vorzunehmen ist. Als vorschlagsberechtigte Fraktion hat sie Frau Kollegin Renate Dodell benannt. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine.

Wer mit der Bestellung von Frau Dodell zum Mitglied im Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Gegenstimmen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Auch der Beirat nach Artikel 4 des Gesetzes über den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik in der öffentlichen Verwaltung muss neu besetzt werden. Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass sie für die seit der Berufung von Herrn Kollegen Sinner zum Staatsminister freie Stelle im Beirat Herrn Kollegen Dr. Gerhard Waschler vorschlägt. Die Position eines stellvertretenden Mitglieds, die Herr Dr. Waschler bisher eingenommen hat, soll bis zum Ende der Legislaturperiode nicht mehr besetzt werden. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit der Bestellung des Herrn Kollegen Dr. Waschler einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Jetzt ist das Kuratorium beim Haus des Deutschen Ostens dran. Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass sie anstelle ihres bisherigen Mitglieds im VIII. Kuratorium des Hauses des Deutschen Ostens, Herrn Christian Knauer, jetzt Frau Kollegin Christa Matschl als Vertreterin des Landtags vorschlägt. Sie hat gebeten, einen entsprechenden Beschluss des Landtags herbeizuführen und anschließend die Berufung durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zu veranlassen. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit damit einverstanden ist, dass Frau Kollegin Christa Matschl vonseiten des Landtags als Mitglied für das VIII. Kuratorium beim Haus des Deutschen Ostens vorgeschlagen wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zum Bayerischen Landessportbeirat. Dazu gebe ich bekannt, dass die CSU-Fraktion das Ausscheiden ihres bisherigen Mitglieds im Landessportbeirat, Herrn Kollegen Hermann Steinmaßl, mitgeteilt hat. Als vorschlagsberechtigte Fraktion nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat hat sie Herrn Kollegen Manfred Hölzl als dessen Nachfolger im Landessportbeirat nominiert. – Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

Außerdem hat heute die Staatsministerin für Unterricht und Kultus mitgeteilt, dass den Bayerischen Jugendring künftig im Bayerischen Landessportbeirat anstelle des bisher nominierten Herrn Gerhard Engel Frau Martina Kobriger, Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, vertreten soll. Frau Staatsministerin Hohlmeier hat gebeten, die Bestätigung des vorgeschlagenen Mitglieds durch den Landtag herbeizuführen.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, auch hierüber bereits heute Beschluss zu fassen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Wer mit der Entsendung von Frau Martina Kobriger in den Bayerischen Landessportbeirat einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Der Landtag bestätigt damit Frau Martina Kobriger als Mitglied des Bayerischen Landessportbeirates.

Der Tagesordnungspunkt 1 ist damit abgeschlossen. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema „**Wachsende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen – Konsequenzen für Gesellschaft und Politik**“. In die Beratungen einbezogen werden folgende dazu eingereichte Dringlichkeitsanträge:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Siegfried Schneider, Unterländer, Dr. Kempfner und Fraktion (CSU)

Wachsende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen – Konsequenzen für Gesellschaft und Politik (Drucksache 14/9440)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Werner-Muggendorfer, Prof. Dr. Gantzer und Fraktion (SPD)

Wachsende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft – Konsequenzen für die Kinder- und Jugendpolitik (Drucksache 14/9441)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Christine Stahl, Elisabeth Köhler, Münzel, Schopper und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Zeit, Sicherheit und Handlungsspielräume für die Jugend (Drucksache 14/9439)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass bei dieser Aktuellen Stunde, abweichend von der Geschäftsordnung, keine festen Redezeiten für die einzelnen Redner gelten, sondern dass es den Fraktionen überlassen bleibt, die ihnen zustehende Redezeit auf die

einzelnen Redner zu verteilen. Der CSU stehen 35, der SPD 25 und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10 Minuten zur Verfügung.

Der erste Redner ist Herr Kollege Glück.

Glück (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dafür dankbar, dass mit den anderen Fraktionen eine Verständigung über ein modifiziertes Verfahren möglich war, weil sich dieses Thema nicht gut dafür eignet, in ganz kurzen Beiträgen behandelt zu werden. Für unsere Fraktion werden allerdings noch die Kollegen Siegfried Schneider und Joachim Unterländer Stellung nehmen. Wir werden sehen, wie es sich insgesamt zeitlich entwickelt, auch mit den Beiträgen der Staatsregierung. Mir ist es sehr wichtig, dass wir eine grundsätzliche Debatte führen und nicht stehen bleiben bei dem Erschrecken über die Ereignisse in Erfurt, die für uns alle und für unsere gesamte Bevölkerung ein Schock sind. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der Opfer, den Kindern und Jugendlichen, die dieses verarbeiten müssen. Sie gilt aber auch bei der Familie des Täters.

Bei solchen Anlässen sehen wir in Abgründe des Menschen, und ich warne vor vorschnellen Schuldzuweisungen. Das gilt auch gegenüber den Familien von Tätern oder den Eltern. Genau genommen kann niemand sicher sein – das zeigen auch die Erfahrungen etwa mit Drogen –, ob auch aus dem eigenen Familienkreis jemand in eine solche Situation steuert. Es darf auch keine vorschnellen Schuldzuweisungen an die Schulen geben. Alle diese Rituale – diese haben versagt, jene haben versagt; die Politik selbstverständlich auch – versperrern mehr, als sie uns eröffnen.

Mich hat sehr beeindruckt, was die Schülersprecherin Constanze Krieg bei der Trauerfeier in Erfurt zu ihrer Schule gesagt hat:

Unsere Schule war einmal von einer sehr familiären Atmosphäre geprägt, und das soll sie auch wieder werden. Wenn man die Schule betrat, dann fühlte man die Geborgenheit wie in einem zweiten Zuhause. Unsere Lehrer sind nicht bloß Pädagogen für uns gewesen, sondern auch Vertraute und auf eine gewisse Art und Weise Freunde. Sie hatten viel Verständnis für uns, sorgten sich um uns, wenn es uns mal nicht so gut ging, waren immer für uns da, wenn wir ein Problem hatten. Auch über den Unterricht hinaus redeten sie mit uns und waren für Diskussionen offen. Diese Menschen gaben uns Ratschläge für unseren Lebensweg und führten uns in vielen Hinsichten durch unser Leben.

So weit die Schülersprecherin. Das spricht gegen das einfache Klischee des Versagens der Lehrer oder des Versagens der Schule oder von wem auch immer. Obwohl diese Schule offensichtlich diese gute Atmosphäre hatte, kam es zu dieser Bluttat.

Es wird gegenwärtig viel versucht – und Gott sei Dank auch in viel Gemeinsamkeit –, Schlussfolgerungen aus Erfurt zu ziehen. Aber es ist ebenso wichtig, dass wir uns darüber hinaus gründlicher auseinander setzen über den Nährboden solcher Entwicklungen, über die Ursachen

wachsender Gewalt und wachsender Gewaltbereitschaft. Eine gewaltfreie Welt ist natürlich eine Illusion. Die hat es nie gegeben, und die wird es nie geben. Und auch Gewaltexzesse an Schulen hat es immer wieder gegeben. Insoweit dürfen wir auch keinen Illusionen nachhängen; denn Gewalt und Aggression liegen in der Natur des Menschen. Aber entscheidend ist, wie wir mit Aggression und Konflikten umgehen, wie wir diese starken Kräfte kanalisieren.

Wir begrüßen, dass Bund und Länder und alle Parteien gemeinsam prüfen, mit welchen Mitteln des Rechtsstaats solchen Verbrechen so weit wie irgend möglich vorgebeugt werden kann. Dazu ist vieles gesagt worden. Ich will es hier nicht wiederholen. Es betrifft den Bereich des Waffenrechts, des Jugendschutzrechts. Wir können nur hoffen, dass es vor allem im Jugendschutzrecht wirklich zu durchgreifenderen Regelungen als bisher kommt und nicht nach einigen Wochen wieder eine Diskussion beginnt, dieses und jenes sei dann doch zu unverhältnismäßig.

Selbstverständlich ist auch außerordentlich wichtig – was auch im Rahmen der Bund-Länder-Gespräche beraten worden oder vorgesehen ist – eine intensive Auseinandersetzung mit dem Problembereich Gewalt in den Medien, in Videos und insbesondere in den Angeboten im Internet. Es geht noch um mehr: um die Art und den Umfang der Gewalt in den Programmen. Wichtig ist auch, die verschiedensten Programme aufmerksam daraufhin durchzuschauen, welche Konfliktlösungsmodelle insbesondere Kindern und Jugendlichen angeboten werden. Das beginnt bereits mit den Zeichentrickfilmen für Kinder in den Kinder- und Jugendprogrammen. Ich sehe sie mir naturgemäß kaum an, aber mir wird immer wieder berichtet, dass in Zeichentrickfilmen in hohem Umfang letztlich auch Leitbilder vertreten werden, wo sich derjenige durchsetzt, der Gewalt anwendet, der Clevere, der Coole. Das geht hinein bis in Familienserien, mit denen auch Jugendliche angesprochen werden sollen.

Dort müssen angemessene Konfliktlösungen auch angeboten werden. Konflikte sind normal, aber wir brauchen Konfliktlösungen jenseits von Gewalt. Es wird nicht ausreichen, sich nur mit der Frage der Gewaltdarstellungen in den Programmen auseinander zu setzen. Wir werden uns intensiver auseinander setzen müssen einerseits mit dem Maßstab der Freiheit und der Liberalität und andererseits des notwendigen Schutzes von Kindern und Jugendlichen. Konsequenter Jugendschutz steht letztlich häufig auch schon im Widerspruch zu dem, was viele Eltern vertreten. Eltern, denen es nicht nur egal ist, sondern die sogar irgendwie mittragen, dass sich ihre Kinder Gewaltvideos ansehen, werden wenig Verständnis dafür haben, wenn wir sagen: So etwas gehört verboten! Aber das kann dann nicht der Maßstab sein.

Wir können nicht auf der einen Seite bei Ereignissen wie in Erfurt erschrecken und auf der anderen Seite dann davor zurückschrecken, Maßstäbe für den notwendigen Schutz von Kindern und Jugendlichen zu setzen, die wir bislang vielleicht als zu einschränkend empfunden hätten. Zwar geht es nicht um das Vorgaukeln einer heilen

Welt, aber sehr wohl um die Verantwortung gegenüber einer zunehmenden seelischen Verrohung, die offensichtlich auch durch viele Medienangebote gefördert wird.

Wenn wir unter dem Banner der Freiheit und der Liberalität weiter seelische Umweltvergiftung in diesem Umfang zulassen, dann, glaube ich, verspielen wir die Legitimation, uns bei solchen Anlässen wieder erschreckt zu zeigen. Zwar wird es schwierig sein, bei den neuen Medien, konkret vor allem im Internet, einem weltweiten Medium, zu wirksamen Begrenzungen zu kommen. Trotzdem ist es richtig, und sei es einfach im Sinne des Zeichensetzens, im nationalen Rahmen zu tun, was möglich ist, selbst wenn das von den Nutzern aufgrund der Eigenschaft als internationales Kommunikationsmittel überspielt werden kann. Damit werden aber Zeichen gesetzt, die auch Orientierung sein können.

Meine Damen und Herren, ich habe gestern Abend in meinem Stimmkreis zu einem Gespräch in einem überschaubaren Kreis zum Thema Gewalt etwa zehn Personen eingeladen, und zwar Lehrkräfte, Schulleiter der verschiedenen Schularten, einen Jugendbeamten der Polizei und eine ehrenamtlich Beauftragte einer ländlichen Gemeinde. Ich habe heute in unserer Fraktion schon gesagt: Ich kann mich nicht erinnern, jemals von einer solchen Abendveranstaltung so deprimiert weggefahren zu sein wie gestern. Selbst in ländlichen Gemeinden ist unter der Decke offensichtlich eine Entwicklung zu Gewalt und Gewaltbereitschaft festzustellen, insbesondere auch zu einer Zunahme der Gewalt in Familien, nach außen noch wenig sichtbar. Dies führt dazu, dass Kinder und Jugendliche, die selbst nur Gewalt erleben, Gewalt wieder weitergeben.

Auf der anderen Seite sind dann die Kinder und Jugendlichen, die verwöhnt sind. Eine Problemgruppe sind Kinder, die in ihren Familien nur Gewalt erleben und ihrerseits offensichtlich nur noch gewalttätig reagieren können, auf der anderen Seite sind die verwöhnten Kinder. Dabei ist interessanterweise, jedenfalls nach diesem Praxisbericht, die Situation hinsichtlich der Anwendung körperlicher Gewalt in den Schulen sehr unterschiedlich. Besonders bemerkenswert war für mich, dass der Leiter der gewerblichen Berufsschule sagte, dass sie damit relativ wenig Probleme hätten, weil sie einen Ansprechpartner haben, den viele in der Hauptschule nicht haben: den Ansprechpartner Ausbildungsbetrieb. Wer eine Lehrstelle hat, möchte nicht, dass sein Ausbildungsbetrieb erfährt, wenn er in dieser oder jener Weise ausrastet. Vielen Schulen, den Pflichtschulen in besonderer Weise, fehlt zum Beispiel der Ansprechpartner Familie. Aus allen Schularten ist eine gravierende Zunahme der verbalen Gewalt, des aggressiven Umgangs untereinander berichtet worden. Eine Tendenz zur Verrohung und zur Rücksichtslosigkeit ist nicht nur in der davon besonders betroffenen Hauptschule, sondern in modifizierter Form auch in der Realschule und im Gymnasium festzustellen.

Diese Praxisberichte stimmen mit dem überein, was uns auch Wissenschaftler berichten. So sagte Professor Struck, Professor für Erziehungswissenschaften an der

Universität Hamburg, in einem Interview, abgedruckt in der „Wirtschaftswoche“ vom 9. Mai – ich zitiere –:

15% aller Kinder werden von ihren Eltern nur als störend empfunden, weil sie nicht in ihren Lebenszusammenhang passen.

An anderer Stelle des Interviews heißt es:

Am anderen Ende des Spektrums gibt es ebenfalls 15% von Kindern, die, gut gemeint, aber überdosiert, von ihren Eltern in eine ungewisse Karriere verplant werden.

Weiter folgt eine Feststellung, zu der ich als Politiker nicht die Kompetenz hätte, und die zu äußern ich mich fast nicht trauen würde, weil die Gefahr der Diskriminierung vieler Eltern gegeben ist. Struck sagt:

Wir stellen mittlerweile fest, dass 60% der Kinder in die Schule kommen, ohne wirklich erzogen zu sein.

Ich erinnere mich an das gestrige Gespräch, in dem Lehrkräfte und Schulleiter berichteten, wie und in welchem Jargon Gespräche ablaufen, auch in Elternsprechstunden und zwischen Kindern und Eltern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine zutiefst beunruhigende Entwicklung, die letztlich die Spirale der Rücksichtslosigkeit bis hin zur Gewalt fördert.

Deswegen müssen wir erkennen: Die zunehmende Gewaltbereitschaft ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Sie ist ein massives Krankheitszeichen unserer Gesellschaft. Das heißt konkret: Das ist das Ergebnis einer Welt, wie wir Erwachsene sie prägen. Wir Erwachsene prägen mit unserer Lebensart, mit unseren Maßstäben eine Welt, die so viel Not für Kinder auslöst; denn die Aggressivität ist in hohem Maße Ausdruck von Not. Am aggressivsten werden diejenigen, deren Selbstwertgefühl nicht stabil genug ist, die Frustrationen nicht mehr ertragen können, die bei jeder Enttäuschung mit sich selbst oft nicht mehr fertig werden, nicht zuletzt deswegen, weil sie dafür häufig keine Ansprechpartner haben.

Mir scheint, wir sind sensibel geworden gegenüber Anwendung körperlicher Gewalt, aber anscheinend immer mehr abgestumpft gegenüber den Verletzungen durch seelische Gewalt, die unsere Welt massiv gegenüber Kindern auslöst. Ich glaube, wir werden diese verhängnisvolle Entwicklung nur umkehren können, wenn wir in der Lage sind, radikal umzudenken, Lebensstile und Leitbilder, die unser Zusammenleben und die Wertehierarchie in unserer Gesellschaft prägen, in Frage zu stellen. Eine einseitig orientierte Leistungsgesellschaft ist ebenso wenig kindgerecht wie eine einseitig orientierte Spaßgesellschaft. Radikal umstellen heißt in meinen Augen, in allen Lebensbereichen, die für Kinder wichtig sind, vom Kind her denken zu lernen, nicht die Interessenslage der Erwachsenen zum Maßstab zu machen. Ich plädiere sehr dafür, unsere eigenen familienpolitischen und schulpolitischen Diskussionen auch daraufhin einmal zu überdenken.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der familienpolitischen Diskussion höre ich zum Beispiel, jedenfalls in der öffentlichen Debatte, kaum die Fragestellung: Was brauchen Kinder für ihre Entwicklung? Wir führen die familienpolitische Diskussion primär aus der Interessenslage der Erwachsenen heraus, natürlich in besonderer Weise der Eltern. Wir diskutieren zum Beispiel auch kaum darüber, wie wir die Erziehungskraft der Eltern stärken können, obwohl das insgesamt ein ganz entscheidender Punkt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir suchen vielleicht zu häufig das Heil nur noch in Institutionen. Wir wagen es kaum mehr, neben Elternrechten auch von Elternpflichten zu sprechen. Professor Struck sagte in dem erwähnten Interview – ich zitiere –:

Eltern haben bis zum Ende des dritten Lebensjahres außerordentlich großen Einfluss. 70% der Persönlichkeitsentwicklung fallen in diese Zeit der ersten drei Lebensjahre, weitere 10% bis zum zehnten, die restlichen bis zum dreizehnten Lebensjahr. Jugendliche ab 14 kann man nicht mehr direkt erziehen, aber auch dann können die Eltern dafür sorgen, dass der Umgang stimmt.

Ich halte es für absurd, beinahe möchte ich sagen, für skandalös, dass gerade vor dem Hintergrund dieser Sorgen, die uns umtreiben, beispielsweise an diesem Wochenende die Delegiertenversammlung des Katholischen Frauenbundes Deutschland das Familiengeld ablehnt, weil dies nicht der richtige Weg zur Wahrung – ich zitiere – „einer frauenorientierten Chancengleichheit“ sei. Es kann nicht richtig sein, Familienpolitik darauf zu verkürzen. Das ist ein Aspekt, der mit zu integrieren ist.

(Beifall bei der CSU)

Wo ist in diesen Debatten davon die Rede, was Kinder brauchen? Ich halte es im Übrigen für eine unmögliche Bevormundung von Frauen zu sagen, sie seien ihrerseits nicht klug genug, in Wahlfreiheit die richtige Entscheidung zu treffen; wir müssen mit staatlichen Maßnahmen dafür sorgen, dass das geschieht, was wir für richtig halten. Auf derselben Ebene liegt die Äußerung einer Sprecherin der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die im Hinblick auf Familienpolitik und im Hinblick auf das Familiengeld sagte, es sei zu befürchten, dass das Familiengeld dazu führe, dass eingearbeitete Frauen zum Ausstieg aus dem Berufsleben verleitet würden. Meine Damen und Herren, es wäre absurd, wenn zum Maßstab unserer Familienpolitik würde, dass sie in erster Linie Arbeitskräftepolitik sein muss.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen der einzelnen Frau Wahlfreiheit ermöglichen. Wer so einseitig argumentiert, von dem möchte ich auch keine Betroffenheitsrituale über verhängnisvolle Entwicklungen bei unseren Kindern mehr hören.

(Beifall bei der CSU – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit der schulpolitischen Diskussion, die wir gerade auch aufgrund der Pisa-Studie führen, werden wir noch konsequenter fragen müssen, ob die Schulen kindgerecht sind.

Auch unsere schulpolitische Diskussion ist – ehrlich betrachtet – weithin eine Lobby-Diskussion der Lehrerverbände, die für ihre Mitglieder primär Gewerkschaften sind. Allerdings ist sie auch eine Lobby-Diskussion bezüglich der Interessenlagen der Eltern. In der schulpolitischen Diskussion fragen wir kaum, was Kinder aus entwicklungspsychologischer Sicht in ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe brauchen. Neuere Erkenntnisse der Gehirnforschung werden häufig nicht bei der Entwicklung von Lehrplänen berücksichtigt. Meine Damen und Herren, „kindgerecht“ und „familiengerecht“ – diese Maßstäbe müssen wir in unser Denken integrieren. Erst dann werden wir einen Durchbruch für eine kinder- und familiengerechtere Welt erreichen. Dann werden auch die Erziehung, die Erziehungsarbeit, die familiäre Erziehung und die erzieherischen Berufe in unserer Gesellschaft den nötigen Stellenwert erhalten.

Das Krankheitszeichen „Gewalt“ können wir nicht dadurch überwinden, dass wir Symptome bekämpfen, dass wir also im übertragenen Sinne Medikamente geben. Das ist in der aktuellen Situation sicherlich auch notwendig. Wir müssen aber vielmehr offen und umfassend die Ursachen aufdecken, um ihnen mit veränderten Maßstäben und gegebenenfalls mit veränderten Lebensstilen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir immer weiter vom Reparaturbedarf der modernen Gesellschaft aufgesogen. Dann werden wir uns in einem immer kürzeren Rhythmus mit Entwicklungen, die uns erschrecken, auseinander setzen müssen.

Meine Damen und Herren, im Kern geht es um die Frage, inwieweit unser Zusammenleben vom Respekt voreinander geprägt ist und wie wir den Respekt voreinander verstärken können. Als die CSU vor fast vier Jahren mit der Diskussion über eine neue Sozial- und Bürgerkultur begann, wurde immer gesagt, dass ein zentrales Thema der Respekt voreinander sei; denn wo es Respekt voreinander gebe, gebe es keine Gewalt. Wo Respekt voreinander herrscht, gibt es Rücksichtnahme. Im Rahmen dieser Diskussionen hat mir eine Pädagogin gesagt, dass es – im positiven Sinne – unvorstellbar sei, was sich an unseren Schulen ändern würde, wenn die Kinder untereinander, die Kinder gegenüber den Lehrkräften und die Lehrkräfte gegenüber den Kindern wieder mehr Respekt voreinander hätten. Deshalb müssen wir den Respekt voreinander als zentralen Maßstab für alle Lebensbereiche ansetzen. Wir müssen uns darum bemühen, auch wenn wir diesen Anspruch selbst immer wieder verletzen sollten. Anders werden wir diese Probleme nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Kollege Maget das Wort.

Maget (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Land hat mit großer Trauer und Betroffenheit auf die schrecklichen Ereignisse reagiert, die sich Ende April in Erfurt zugetragen haben. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrern und den Eltern des Gutenberg-Gymnasiums in Thüringen. Für uns alle war es wohl kaum vorstellbar, dass es zu einem solch bestürzenden Vorfall kommen konnte, der uns nachdenklich machen muss und eher zu Fragen als zu vorschnellen Antworten Anlass gibt. Ich möchte ausdrücklich auch die Eltern des Täters Robert Steinhäuser in unser Mitgefühl einbeziehen. Diese Eltern haben eine Lebenskatastrophe erlitten. Man fragt sich, wie diese Eltern das, was vorgefallen ist, jemals verstehen sollen. Welche Vorwürfe werden sie sich machen? Sind sie wirklich schlechtere Eltern gewesen, als wir selbst es sind?

Wenn wir uns diesen Fragen öffnen und bereit zum Nachdenken sind, können wir über die Trauer hinausfinden. Dann können wir überlegen, was wir tun müssen, um zumindest zu versuchen, solche Taten künftig zu vermeiden und die Gewaltbereitschaft insgesamt einzudämmen. Vorschnelle Antworten sind dabei sicherlich nicht immer die besten. Unpassend, ja unerträglich habe ich aus diesem Grunde die erste Reaktion aus Bayern empfunden, nämlich den Versuch des bayerischen Innenministers, der Bundesregierung wegen angeblicher Untätigkeit bei der Neuordnung des Jugendschutzes eine Mitverantwortung für die Tat zuzuschieben. Einige Tage des Nachdenkens wären sicher hilfreicher und angemessener gewesen. Sie haben jedoch sofort versucht, parteipolitischen Honig aus den Vorgängen zu ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr schnell hat sich herausgestellt, dass diese Vorwürfe falsch waren und wider besseren Wissens erhoben wurden. Ich halte mich lieber an die Mahnung des Bundespräsidenten, unsere Ratlosigkeit nicht mit scheinbar naheliegenden Erklärungen zu überspielen. Gestehen wir uns ruhig ein, dass wir eine solche Tat nicht verstehen und nie vollständig erklären können.

Für die Frage, wie zukünftig eine solche Explosion von Gewalttätigkeit vermieden werden kann, wird wohl niemand ein fertiges Lösungskonzept vorlegen können. Auch ich verfüge natürlich nicht über ein solches Konzept, möchte aber trotzdem einige Gedanken zum Thema vortragen:

Erstens. Ich halte es für falsch, die Diskussion auf Kinder und Jugendliche und deren Gewaltbereitschaft zu beschränken.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema „Gewalt“ hat vor allem mit uns Erwachsenen zu tun. Die Erwachsenenwelt liefert Kindern und Jugendlichen das gesellschaftliche, soziale und kulturelle Umfeld, in dem sie leben und aufwachsen. Mit Recht hat Bundespräsident Rau die Frage gestellt, warum mit der Darstellung von Gewalt und menschlichem Leid in den

Medien die höchsten Einschaltquoten erzielt werden können. Bundespräsident Rau hat aber auch mit Recht gefragt, warum Helden in so vielen Filmen eiskalt, unbeeirrt und ohne Mitleid sein müssen. Allzu oft wird von den Jugendlichen zur Kenntnis genommen, dass Erwachsene Gewalt als probates Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele erfolgreich anwenden. Herr Kollege Glück, Sie haben in diesem Zusammenhang mit Recht auf Zeichentrickfilme hingewiesen, die wir Erwachsene den Jugendlichen zum Amüsement anbieten. Prof. Dr. Zöpfl ist für seine Analyse dieser Zeichentrickfilme oft belächelt worden. Ich glaube aber, dass er Recht hat: Was dort als witzig angeboten wird, ist in Wahrheit die brutalste Darstellung sinnloser Gewaltanwendung. Das ist überhaupt nicht witzig. Das ist gesellschaftlich zu ächten.

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung beginnt der Kampf gegen die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in der Welt der Erwachsenen. Wir geben die Rollenbilder und die Vorbilder vor. Hier beginnt unsere Aufgabe. Im Übrigen warne ich davor, nur schwarz zu malen.

In aller Regel sind unsere Jugendlichen sorgfältig und anständig. Eine pauschale Jugendkritik wäre nicht nur ungerecht, sondern absolut widersinnig.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb habe ich gewisse Bedenken gegen eine Passage in Ihrer ansonsten durchaus auch mit unseren Vorstellungen weitgehend übereinstimmenden Entschließung, nämlich gegen die Passage, dass schon die Verunreinigung zum Beispiel öffentlicher Verkehrsmittel, Graffiti, Sprayer und Ähnliches in diesem Zusammenhang zu sehen sind. Ich glaube, das ist zu weit hergeholt.

(Widerspruch bei der CSU – Hölzl (CSU): Überhaupt nicht! – Kaul (CSU): Das sind Gewaltmittel!)

– Doch. – Ich versuche, das sehr sachlich vorzutragen.

(Zuruf des Abgeordneten Hölzl (CSU))

Ich halte es einfach für unangemessen, dass man einen Amoklauf mit 18 Todesopfern im Erklärungsversuch in einen Zusammenhang rückt mit solchen – ich denke, bei Jugendlichen – durchaus immer wieder vorkommenden Vorfällen und Ereignissen. Wir müssen uns davor hüten, Dinge in einen Topf zu werfen, die einfach nicht zusammengehören.

Zweitens. Es fällt auf, dass alle Amokläufer – in Erfurt und in vergleichbaren anderen Fällen – junge Männer gewesen sind. Mir ist nicht bekannt, dass jemals eine junge Frau einen Anschlag in ähnlicher Weise verübt hätte. In der Altersgruppe des Erfurter Täters liegt die Quote der Männer, die wegen Gewalttaten registriert worden sind, im Jahr 2000 um das 12,5-fache über jener der Frauen. Diese männlichen Amokläufer sind meist isolierte Einzelgänger, vertrauen sich kaum anderen Menschen an, sind im Kern ichschwach und unsicher; Niederlagen und Kränkungen können sie nur schwer verkraften. Im Alltag erleben sie sich als ohnmächtig; die

Tat dagegen vermittelt ihnen für Augenblicke den Triumph höchster Macht.

Diese jungen Gewalttäter folgen einem männlichen Rollenbild, wie es in der öffentlichen Darstellung leider nur zu oft suggeriert wird nach dem Motto: Männer schießen lieber, anstatt zu reden; zumindest reden sie nicht über ihre Gefühle.

(Zustimmung der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

Nach wie vor werden zu oft Jungen dazu angehalten, Tränen herunterzuschlucken, Gefühle zu unterdrücken und nach außen in jedem Fall cool aufzutreten. Jungen auf der Suche nach Männlichkeit haben ein Problem mit einer männerorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und den ihnen dargebotenen männlichen Rollenbildern.

Lassen Sie uns also lieber darüber nachdenken, wie es uns gelingen kann, Mädchen und Jungen in ihren jeweils spezifischen Sozialisationsproblemen dabei zu helfen, Ichstärke zu entwickeln, statt überkommenen Rollenbildern nachzueifern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Amokläufer sind in der Regel Einzelgänger und Einzeltäter. Sie sind oft – wie beim Vorfall in Erfurt – besonders ruhig und unauffällig. In der Schule fallen sie nicht auf; weil sie ruhig sind, werden sie nicht beachtet. In diesem Fall kommt offenbar ein Weiteres hinzu: Der Täter war von der Schule verwiesen und nicht zum Abitur zugelassen worden. Das hat er als eine Demütigung empfunden, aus der er keinen Ausweg sah und für die er sich brutal rächen wollte. Dies soll keinesfalls als Erklärung oder gar als Entschuldigung für eine solche Tat dienen, aber wir müssen es gleichwohl zur Kenntnis nehmen.

Deshalb müssen wir bei unseren Überlegungen auch einen Blick auf die Lebenswelt unserer Kinder in unseren Schulen werfen. Wir müssen den Kanon unserer Bildungsziele erweitern. Zu der Vermittlung von Wissen und Kompetenz müssen als Bildungsziele der Abscheu vor und die Abwehr von Unmenschlichkeit treten, die Wahrnehmung von Glück, die Fähigkeit und der Wille, sich zu verständigen, und die Bereitschaft zu Selbstverantwortung und Verantwortung in der Gesellschaft. Selbstverständlich muss eine Schule auf Leistung orientiert sein und Leistung auch bewerten, aber Konkurrenz, Leistung und Wettbewerb dürfen nicht so verstanden werden, dass daraus Angst vor Versagen, Leistungsdruck und Vereinsamung werden. Alte sozialdemokratische Bildungsideale wie „Fördern statt Auslesen“ und „Integrieren statt Ausgrenzen“ müssen wieder an Bedeutung gewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist die Schule so umzugestalten, dass sie für alle Beteiligten lebenswerter wird; denn nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer arbeiten derzeit in einem Sys-

tem, in dem sie sich häufig unzufrieden fühlen und in dem sie die frustrierende Erfahrung der Vergeblichkeit ihrer Anstrengung machen. Das sollte nicht so bleiben.

Besonders interessant finde ich den Hinweis des Leiters der Bayerischen Akademie für Lehrerfortbildung in Dillingen. Er betrachtet es als sehr heikel, dass Problemschüler zu leicht von unseren Schulen abgeschoben werden. Bislang würden – so seine Meinung – Problemfälle zu oft mit Schulverweisen oder der Ankündigung, ihre Versetzung sei bedroht, alleine gelassen. Wir müssen, so fordert er, die Angebote ausbauen, um Schüler in derartigen Situationen weiter zu betreuen. – Ich finde, wir sollten dem Leiter der Bayerischen Akademie für Lehrerfortbildung folgen.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Bei der Pisa-Studie haben vor allem Leistungsvergleiche eine Rolle gespielt. Über ein anderes Schulverständnis ist zu wenig nachgedacht worden. Wir waren selbst in Finnland, um vor Ort zu sehen, warum dieses Land so gute Ergebnisse bei der Studie erhalten hat. Ein Unterschied zu unserem Bildungssystem fällt dabei sofort ins Auge, nämlich der, dass man grundsätzlich kein einziges Kind aufgibt. Der Präsident des Finnischen Zentralamtes für Unterrichtswesen sagt: Wir brauchen in unserem Land jeden, hoffungslose Fälle können wir uns nicht leisten. Ich würde mir wünschen, dass wir das in Deutschland auch so sehen würden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage ist heute, was wir konkret an Bayerns Schulen tun können, um Verbesserungen zu erreichen. Ich stelle diese Frage nicht vordergründig parteipolitisch, weil es anderswo in Deutschland zum Teil wahrscheinlich nicht besser aussieht. Eine Antwort scheint mir aber klar zu sein: Das Konfliktpotential und die Gewaltbereitschaft an unseren Schulen ist angewachsen. Es fällt auf, dass die Art der Gewaltausübung eine veränderte Qualität angenommen hat. Oft stehen nichtige Anlässe am Anfang. Verletzungen werden nicht nur in Kauf genommen, sondern absichtlich herbeigeführt. Der unterlegene Gegner wird oft noch getreten, wenn er schon am Boden liegt. Außerdem werden eine extreme Ichbezogenheit und Rücksichtslosigkeit beobachtet. Es fehlt an Einfühlung und Unrechtsbewusstsein. Bestürzend ist auch die Brutalisierung der Sprache, die allzu oft verletzend und menschenverachtend ist. Eine Antwort auf diese Situation muss es doch nun wirklich geben: In eine solche Schule gehören mehr Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter. Das ist doch ein Punkt, in dem wir übereinstimmen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade auf diesem Gebiet wird in Bayern viel zu wenig getan, ist man über Modellprojekte bislang leider nicht hinausgekommen. Ich bedaure es, dass Initiativen der Opposition in diese Richtung in diesem Hause stets abgewehrt und abgelehnt worden sind.

Fünftens. Die Zeichen der Zeit hat man eigentlich längst erkannt. Im Jahr 1993 hat die Bayerische Staatsregierung die Verschärfung der Problematik von Gewalt an unseren Schulen zum Anlass für eine interministerielle Arbeitsgruppe genommen, die, soweit ich weiß, unter der Leitung der damaligen Staatssekretärin Frau Hohlmeier stand und die einen Bericht – „Jugend und Gewalt“ hieß er – vorgelegt hat. Er enthält auf 13 Seiten eine gute Analyse und auf weiteren 50 Seiten wünschbare Maßnahmen. Er ist 1994 erschienen, und nun muss man überprüfen, was aus diesen Erkenntnissen geworden ist.

Wir sollten die heutige Debatte zum Anlaß nehmen, diesen Bericht aus der Schublade zu holen und kritisch zu überprüfen, was in den zurückliegenden sieben Jahren von den vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich umgesetzt worden ist. Es ist nämlich viel zu wenig geschehen. Ich nenne kurz die Punkte, die vor sieben Jahren von einer Arbeitsgruppe der Bayerischen Staatsregierung zum Thema „Gewalt und Jugend“ vorgetragen wurden.

Mehr Schulsozialarbeit gegen die Gewalt an Schulen. – Geschehen ist in diesen sieben Jahren viel zu wenig. Die Maßnahmen sind an einer Hand, an zwei Händen, vielleicht an drei Händen abzuzählen.

Neue Unterrichtsformen und mehr Projektunterricht. Wer heute in unsere Schulen schaut, weiß, dass es beim 45-Minuten-Rhythmus der Vermittlung weitestgehend geblieben ist. Es gibt keine neuen Unterrichtsformen.

Öffnung der Schule und Einbeziehung des regionalen Umfeldes. Wer in die Schulen schaut, wird meist feststellen: Fehlanzeige.

Vermittlung von Zugehörigkeit, Gemeinschaftserfahrung und Verantwortlichkeit im Rahmen ganztägiger Betreuungsangebote. Man höre und staune! Sieben Jahre liegt diese Erkenntnis zurück, und heute stellen wir fest, dass Bayern auf diesem Gebiet immer noch Schlusslicht in Deutschland ist.

(Beifall bei der SPD)

Wohlgemerkt, ich zitiere hier aus einer guten Analyse, die die interministerielle Arbeitsgruppe vorgelegt hat. Es handelt sich um gute Vorschläge. Ich kritisiere das nicht.

Gefordert wird weiter der Ausbau der außerschulischen Betreuung. – Viel zu wenig geschehen!

Befähigung zum friedlichen Zusammenleben in ethnischer, nationaler und kultureller Vielfalt. Wo gibt es in unseren Kindergärten interethnischen und multikulturellen Unterricht sowie multikulturelle Begegnung?

Bessere Förderung verhaltensauffälliger und sozial benachteiligter Schüler und Jugendlicher. – Auch hier stellen wir fest: Es wird immer mehr ausgegrenzt und in sonderpädagogische Einrichtungen abgeschoben, statt dass konzentriert versucht wird, behinderte und verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche zu integrieren.

Die letzte Forderung bezieht sich auf die Unterstützung und Motivation der Schulleiter und Lehrkräfte.

Ich glaube, dass dieser Katalog allen Anlaß dazu bietet, unsere bildungspolitischen Anstrengungen in Bayern deutlich zu verstärken. Wir müssen dabei das Rad nicht neu erfinden, sondern vielmehr endlich tun, was von uns schon längst als notwendig erachtet worden ist.

Sechstens. Zwei Vorschläge, die in den letzten Wochen unterbreitet worden sind, halte ich für verfehlt. Der erste Vorschlag besteht darin, das Alter der Volljährigkeit von 18 Jahren auf 21 Jahre heraufzusetzen. Ich sehe in diesem Vorschlag absolut keine Antwort auf die Vorgänge in Erfurt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin deshalb und aus anderen Gründen ohne jede Einschränkung für eine Beibehaltung der Volljährigkeitsgrenze bei 18 Jahren. Mit 18 Jahren nehmen unsere Jugendlichen volle gesellschaftliche Verantwortung wahr. Dies gilt für Wahlen ebenso wie für den Erwerb des Führerscheins oder den Dienst bei der Bundeswehr. Unsere 18-Jährigen zu stärken, statt sie zu entmündigen, muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der SPD)

Für untauglich halte ich auch den Vorschlag, unsere Schulen zu schützen und vor den Toren Schüler auf Waffen zu kontrollieren. Ich halte diese Idee nicht nur für nicht realisierbar, sondern auch für bedrückend. Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für unsere Kinder, nicht mehr Überwachung an unseren Schultoren.

(Beifall bei der SPD)

Siebtens. Ohne die Verfügbarkeit einer Schusswaffe kann kein Amokläufer töten. Deshalb rückt die Frage des Waffenrechtes und der Beschaffung von Waffen mit Recht in den Mittelpunkt der Diskussion und der Betrachtung. Zunächst gilt: Schießen ist ein Sport wie viele andere auch. Es dient der Geselligkeit, der Entfaltung des sportlichen Ehrgeizes und der Freizeitgestaltung. Allerdings besteht ein großer Unterschied zu anderen Sportarten darin, dass im Fall der Schützenvereine das Sportgerät Menschen töten und zu einem Mordwerkzeug werden kann. Deshalb – und nur deshalb – verbietet es sich, Schützenvereine mit anderen Sportvereinen gleichzustellen. Ihre Sportgeräte müssen in der Tat sorgfältiger verwahrt werden; an ihre Mitglieder sind andere und höhere Maßstäbe anzulegen. Die Diskussion um eine Veränderung des Waffenrechtes ist aus diesem Grund auch keine Debatte, die sich gegen die Schützenvereine richtet. Es geht vielmehr um die Suche nach einem fairen Ausgleich.

Ich begrüße es, dass wir eine Verschärfung des Waffenrechtes durchsetzen wollen, und zwar im Konsens. Das war leider nicht immer so. Noch im November 2000 forderte das bayerische Innenministerium in einem Bulletin, dass in Bayern Sportschützen einen Grundbestand an Schusswaffen ohne Einzelbedürfnisnachweis halten dürfen, sofern eine Mitgliedschaft im Schützenverein

besteht. Ich würde eine solche Entwicklung für falsch halten. Noch im März dieses Jahres lehnte die Staatsregierung den Entwurf des Bundes zur Verschärfung des Waffenrechts ab mit folgender Bemerkung: Darin zeige sich ein pauschales Misstrauen gegenüber legalen Waffenbesitzern. Dieses sei vollkommen verfehlt und absolut inakzeptabel. Es wird von unververtretbaren Belastungen für Jäger und Sportschützen gesprochen.

Ich freue mich, dass mittlerweile die Vorschläge von Bundesinnenminister Schily breite Zustimmung gefunden haben und dass die jetzt vorliegenden Vorschläge offensichtlich in voller Übereinstimmung mit dem Präsidenten des Deutschen Schützenbundes unterbreitet worden sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Achtens. Wir müssen die Fähigkeit der Eltern stärken, den schwierigen Umgang mit neuen Medien, Computerspielen und Ähnlichem zu gestalten. Entwickler und Produzenten von Filmen und Computerspielen sind gehalten, Gewaltdarstellungen zu vermeiden. Wir wissen natürlich, dass es schwierig sein wird, mittels Verboten und Sanktionen einschlägiges Material aus halblegalen und nichtlegalen Bereichen oder gar aus dem Internet wirksam zu verbannen. Es kann aber zumindest auf dem öffentlichen Sektor eine intensivere Diskussion über Selbstbeschränkung und wohl auch über guten und schlechten Geschmack geführt werden.

Neuntens. Im Strafgesetzbuch gibt es den Paragraphen 131, der regelt, dass sich jeder strafbar macht, der Ton- und Bildträger, Abbildungen und andere Darstellungen verbreitet, die grausame oder sonst un menschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen in einer Art schildern, die eine Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalttätigkeit ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt. Damit ist Gewaltdarstellung durch unsere Gesetze längst unter Strafe gestellt. Leider ist es jedoch so, dass es in Bayern wegen Verstößen gegen diesen Paragraphen so gut wie keine Ermittlungen und auch keine Verurteilungen gibt. Nicht das fehlende Gesetz ist das Problem, sondern die fehlende Anwendung des bestehenden Gesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb rege ich an, einen gemeinsamen öffentlichen Aufruf an alle Videoverleiher und Fernsehanstalten bei Androhung der Strafverfolgung zu richten, die Verbreitung von strafbaren Gewaltdarstellungen künftig zu unterlassen. Des Weiteren wäre es sinnvoll, in Bayern eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zu bilden, deren Aufgabe es ist, Videos und tägliche Fernsehsendungen systematisch auf strafbare Gewaltdarstellungen zu überprüfen und bei dringendem Verdacht Ermittlungsverfahren einzuleiten.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe soweit, zu fragen, ob es zu Hausdurchsuchungen bei Videoverleihern und Fernsehanstalten kommen

sollte, wenn diese unter dem dringenden Verdacht stehen, strafbare Gewaltdarstellungen zu verbreiten. Nur wenn wir zu solchen Maßnahmen tatsächlich bereit sind, wird der Appell, auf Gewaltdarstellung und -verherrlichung in den Medien zu verzichten, glaubwürdig sein.

(Beifall bei der SPD)

Zehntens und letztens. Ich möchte mit einigen Bemerkungen über Eltern und Familien abschließen. Leider höre ich hinter vorgehaltener Hand viel zu oft den Vorwurf, berufstätige Eltern würden ihre Kinder geradezu systematisch vernachlässigen.

Mancherorts heißt es schließlich sogar, die Mutter gehöre eben doch nach Hause, um eine anständige Erziehung der Kinder zu garantieren. Wer seine Kinder nachmittags in einer Betreuungseinrichtung habe – so heißt es –, könne keine gute Mutter bzw. kein guter Vater sein.

(Frau Stamm (CSU): Das ist Quatsch! – Gegenruf der Abgeordneten Radermacher (SPD): Freilich ist das Quatsch!)

Dieser Vorwurf, der zur gesellschaftlichen Wirklichkeit gehört, richtet sich insbesondere gegen Frauen, und er ist nicht nur ungerecht, sondern er ist absolut verfehlt.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Anwesende ausgenommen!)

Er ist nicht nur verfehlt, er ist auch eine Beleidigung für die vielen berufstätigen oder alleinerziehenden Mütter, die in großartiger Weise Kindererziehung, Familie und Beruf unter einen Hut bringen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Gebot der Stunde ist deshalb nicht die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Familie und Beruf – diese Wahlfreiheit ist eine Selbstverständlichkeit, und hier ist zwischen unseren familien- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen ein fundamentaler Unterschied, Herr Kollege Glück –, das Gebot der Stunde ist vielmehr die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden in unserer Gesellschaft den Frauen die Erfüllung ihres Kinderwunsches nur ermöglichen, wenn Sie ihnen gleichzeitig zugestehen, dass sie ihren Anspruch auf Berufstätigkeit in gleicher Weise erfüllen und in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur dann wird es gelingen. Diese Erkenntnis hat sich bei Ihnen aber leider noch nicht durchgesetzt.

Präsident Böhm: Herr Kollege Maget, Sie sollten jetzt langsam zum Ende kommen.

Maget (SPD): So sieht das in Bayern leider aus. Unsere politische Aufgabe ist es deshalb, Frauen, die erwerbstätig sind und berechtigterweise auch berufstätig sein wollen – Männer im Übrigen auch –, nicht in Misskredit zu bringen, sondern ihnen ein selbstbestimmtes Leben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Wenn dies gelingt, ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft schon viel erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Das Wichtigste kommt immer am Schluss der Rede. Man sollte deshalb das Wichtigste gleich am Anfang sagen, dann braucht man es nicht in das Ende hineinzupacken.

(Maget (SPD): Wenn Sie das so wichtig gefunden haben, stimme ich Ihnen zu!)

Als nächster hat Herr Kollege Dr. Dürr das Wort.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, bei mir ist das leichter. Bei meinen zehn Minuten ist das Ende schon fast am Anfang.

Präsident Böhm: Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sagte, bei einer Redezeit von zehn Minuten geht das leichter, weil der Schluss fast schon am Anfang ist. Kolleginnen und Kollegen! Die Hilflosigkeit und die Ratlosigkeit, mit denen wir vor Gewalttaten wie der in Erfurt stehen, darf uns nicht zu vorschnellen Schlüssen und Alibihandlungen verleiten. Ich denke, darin sind wir uns einig. Uns allen ist relativ schnell klar geworden, dass es keine einfachen und sofort wirksamen Rezepte gibt, mit denen wir uns und unsere Kinder vor solchen Gewalttaten schützen könnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bayern gab es in den letzten Jahren eine Serie von fürchterlichen Vorläufern der Erfurter Ereignisse, so in Bad Reichenhall, Brannenburg und Freising. Alle diese Fälle haben keine monokausalen Ursachen, sondern eine Vielzahl von Voraussetzungen.

Wenn wir das Waffenrecht endlich verschärfen, entschiedener gegen gewaltverherrlichende Videos und Computerspiele vorgehen, Gewalt auch in der Erziehung, in der Familie, gegen Frauen und Kinder stärker ächten würden, dann wären das alles wichtige und richtige Schutzmaßnahmen. Wir sind froh, dass auch die Kolleginnen und Kollegen von der CSU inzwischen zu diesen Schutzmaßnahmen entschlossen sind. Wichtiger aber ist es, dass wir Jugendlichen Handlungsoptionen eröffnen. Kinder und Jugendliche wollen auf ihr Leben und ihr Lebensumfeld Einfluss nehmen. Dazu fehlt ihnen oft die Gelegenheit, aber auch das Wissen und die notwendige Erfahrung. Viele, vor allem männliche Jugendliche, leiden an Überforderung, Verunsicherung und Orientierungsproblemen. Sie sind mit der Vielfalt abstrakter

Wahlmöglichkeiten überfordert. Gleichzeitig fehlen konkrete Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten. Sie müssen etwas ausprobieren dürfen, sie brauchen Orientierungsangebote und Handlungsmöglichkeiten.

Offensichtlich fehlen auch Vorbilder, beispielsweise die Väter. Die Väter werden Sie, Herr Glück, mit ihrem Familiengeld aber nicht in die Küche oder zu den Kindern zurückbringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Gerade männliche Jugendliche leiden heute auf dramatische Weise unter ihrem Rollenzwang und an den Anforderungen eines Männlichkeitswahns, eines Wahns, den ein reales Individuum nicht erfüllen kann. Zwischen unreifen Allmachtsfantasien und einer alltäglich erfahrenen Ohnmacht und beständigen Demütigungen können viele kleine tägliche Schritte fehlen. Deshalb sind männliche Jugendliche leicht, manchmal allzu leicht versucht, diese riesige Kluft mit jugendlicher Gewalt zu überbrücken. Erfurt, Bad Reichenhall oder Freising sind auf schreckliche Weise herausragende Einzelfälle. Sie sind eine Bedrohung, und sie sind Symptome dafür, dass in unserer Gesellschaft vieles falsch läuft. Ich glaube aber nicht, Herr Glück, dass wir deshalb schon pauschal von einer wachsenden Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen sprechen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir aber von jugendlicher Gewalt sprechen, dann müssen wir die unzähligen Gewalttaten von Kindern und Jugendlichen thematisieren, die die Jugendlichen und Kinder gegen sich selbst vollbringen. Wir sollten die täglich zu Dutzenden stattfindenden Selbstmordversuche ebenso ernst nehmen wie die blutigen Amokläufe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir halten es für völlig falsch, wenn die Gefahrenabwehr in den Mittelpunkt gestellt wird anstatt die Bedürfnisse der Kinder und der Jugendlichen. Die Pisa-Studie hat nur deshalb so viel Staub aufgewirbelt, weil Deutschland als Bildungsnation im internationalen Wettbewerb nur auf den hinteren Plätzen lag und unsere Kinder unseren gehobenen Ansprüchen nicht genügen. Uns muss aber mindestens genauso interessieren, ob unser Gesellschafts- und Bildungssystem den Ansprüchen der Kinder und Jugendlichen genügt. Uns muss interessieren, ob sie sich geborgen und wohl fühlen und nicht nur, ob sie Probleme machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Gesellschaft ändert sich zur Zeit rasch und grundlegend, und das bekommen vor allem Kinder und Jugendliche ganz unmittelbar zu spüren. Wir müssen aber auf diese Veränderungen endlich Antworten finden. Das Hohe Lied auf Kinder, Küche und Kirche und eine noch so schöne Predigt, Herr Glück, über Familie, Werte und Moral helfen uns keinen Schritt weiter.

(Frau Stamm (CSU): Das ist der Sache doch nicht angemessen, Herr Kollege!)

Es bringt nichts, nur ein schlechtes Gewissen zu machen. Gerade Ihre Schuldzuweisungen an die Mütter machen es uns schwer, Ihren Antrag mitzutragen und ihm zuzustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schuldzuweisungen an Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, an die Medien oder an wen auch immer sind billige Entlastungsmanöver, ändern am Problem aber kein Jota. Wir können die Medien an ihre Verantwortung erinnern, ebenso die Schützenvereine, die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer. An erster Stelle aber kommt die politische Verantwortung. Der Staat, so heißt es immer zu Recht, kann und soll nicht alles regeln. Auch wir Grünen wehren uns ganz entschieden gegen staatliche Bevormundung. Politik muss die Rahmenbedingungen aber so setzen, dass jeder seiner Verantwortung nachgehen kann. Es ist richtig, Eltern an ihre Verantwortung zu erinnern. Das ist aber nicht immer eine Lösung für die Probleme der Kinder. Es gibt allzu viele Eltern, die nicht willens oder in der Lage sind, dieser Verantwortung nachzukommen.

(Frau Stamm (CSU): Und warum nicht?)

Den Eltern hier die Verantwortung und damit die Schuld zuzuweisen, ist blanker Zynismus gegenüber den Kindern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Politik und Staat dürfen die Kinder, die von ihren Eltern allein gelassen werden, nicht auch noch alleine lassen. Es war die schärfste Kritik im Armutsbericht und in der Pisa-Studie, dass Bildungsarmut bei uns vererbt wird. Kinder haften für ihre Eltern. Das ist ein Skandal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dagegen müssen auch Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, endlich eine bildungspolitische Antwort suchen. Die Erklärung des Ministerpräsidenten kürzlich hier in diesem Hause, Bildung sei eine Holschuld, empfinden wir als blanken Hohn, als Versuch, sich aus seiner politischen Verantwortung zu stehlen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Erfurt zeigt, dass es auch sogenannte ganz normale Eltern sein können, Mittelstandseltern und stille, unauffällige Jugendliche, die dringend Hilfe brauchen.

Auch diese Eltern dürfen wir mit ihrer Verantwortung nicht alleine lassen. Der Staat muss endlich ein dichtes Netzwerk von ergänzenden beratenden Angeboten stellen, und zwar nicht nur in so genannten Brennpunktschulen. Immer mehr Mütter und Väter versuchen, Kinder und Karriere unter einen Hut zu bringen. Egal, ob die Menschen schlicht und einfach auf das doppelte Einkommen angewiesen sind, ob die Frauen ihre gute Aus-

bildung nicht einfach aufgeben möchten, ob die Wirtschaft in ihrem erhöhten Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften endlich auch die Frauen ernst nimmt: In jedem Falle entsteht eine massive Doppelbelastung für die Eltern, und dabei insbesondere für die Mütter. In den vergangenen Jahren waren rund 60% der Mütter mit minderjährigen Kindern berufstätig. Diese Tendenz ist steigend. Auch hier muss der Staat endlich mehr strukturelle Hilfe leisten. Wir brauchen also Kinderbetreuungseinrichtungen, die ihren Bildungsauftrag auch wahrnehmen können, und wir brauchen Ganztagschulen.

Wir können auch die Lehrerinnen und Lehrer an ihre Verantwortung erinnern, aber auch sie dürfen wir damit nicht alleine lassen. Dabei geht es nicht nur um verstärkte Aus- und Fortbildung, um Unterstützung der Schulpsychologen, um Sozialarbeit oder um Supervision. Die Schule ist derzeit überfordert. So wie die Schule heute organisiert ist, kann sie die erhöhten Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht erfüllen. Die Schule braucht mehr Zeit. Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Zeit, um sich auch um einzelne Schüler sorgen und sie individuell fördern zu können. Die Schule muss stärker als bisher zum Lebensraum der Kinder und Jugendlichen werden. Die Schulgemeinschaft ist heute oft die einzige Gemeinschaft, welche die Kinder und Jugendlichen erfahren. Die Schulgemeinschaft in ihrer heutigen Gestalt kann diese Funktion aber kaum wahrnehmen. Jugendliche verbringen heute im Durchschnitt mehr Zeit vor dem Fernseher als in der Schule. Deshalb brauchen wir Ganztagschulen, in denen Zeit für die Kinder ist, in denen sie aktiv werden können und Handlungsoptionen kennenlernen.

Die Heranwachsenden brauchen das Gefühl, zur Gesellschaft zu gehören und von ihr gebraucht und anerkannt zu werden. Dieses Gefühl muss ihnen auch die Politik vermitteln. Sie brauchen stabile Bezüge, emotionalen Rückhalt, Anleitung und Hilfe bei der Auswahl und Lösung von Orientierungsproblemen, angemessene Entwicklungschancen und realistische Zukunftsperspektiven. Diese Bedürfnisse müssen wir endlich in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen – im Elternhaus, in der Kommune, in der Schule und mit neuen politischen Rahmenbedingungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Um das Wort hat Frau Ministerin Hohlmeier gebeten.

Frau Staatsministerin Hohlmeier (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder, der die Vorfälle in Erfurt unmittelbar miterlebt hat, wird manche Begründung, die heute dazu gegeben worden ist, sehr vorsichtig betrachten. Wir haben von Bayern aus in den Tagen danach versucht, unsere Kolleginnen und Kollegen in Thüringen zu unterstützen, und dabei vielleicht ein wenig mehr erfahren als mancher anderer, der das Ganze ausschließlich in den Medien mitverfolgen konnte. Eine Begründung darf ich hier gleich von vorneherein beiseite schieben, denn sie war ganz offensichtlich keine Begründung für den Amoklauf in Erfurt. Es war das Argument von Herrn Maget, auch wenn er

darauf hinweist, dass er diesen Grund nicht als alleinigen Grund sieht: Das Land Thüringen hätte dem jungen Mann keine Möglichkeit mehr gegeben, das Abitur abzulegen. Der junge Mann hatte diese Möglichkeit noch gehabt, allerdings ging er zu dem Gymnasium nicht mehr hin, und das hat keiner gewusst. Die Möglichkeit hätte für ihn bestanden, das Abitur abzulegen. Gründe, aus denen heraus dieser Amoklauf geschehen sein könnte, sind von so großer Bandbreite, dass sie für eine öffentliche plakative Diskussion nicht geeignet sind, sondern etwas differenzierter behandelt werden müssen.

Als erstes möchte ich feststellen, dass in unserer Gesellschaft die Gewöhnung an Gewalt und die Präsenz von Gewalt so selbstverständlich geworden sind, dass wir unsere Kinder und Jugendlichen davor viel zu wenig schützen. Für uns ist es völlig normal, dass am 1. Mai Gewalttäter durch die Straßen Berlins ziehen.

(Willi Müller (CSU): Zum Beispiel die Chaostage des Herrn Schröder in Hannover!)

Es ist für uns völlig normal, dass Gewaltvideos in den Verleihanstalten und auf dem Markt zu finden sind. Es ist völlig normal geworden, dass Musikgruppen Texte singen, in welchen dezidiert zur Ermordung von Lehrkräften aufgefordert wird, und dass diese Musik bei uns am offenen Markt erhältlich ist. Manchmal tragen sogar Nachrichtensendungen mehr Gewalttätigkeiten in unsere Wohnzimmer, als es nach meinem Dafürhalten und bei rationalem Nachdenken in der Nachrichtenübermittlung sinnvoll und notwendig ist. Ich habe wirklich den Eindruck, dass wir uns so sehr an Gewalt gewöhnt haben, dass manch einer schon gar nicht mehr bemerkt, dass diese alltägliche Präsenz von Gewalt auch dazu führt, dass sich unsere Kinder und Jugendlichen verändern.

Manchmal habe ich auch den Eindruck, dass wir sehr dazu neigen – auch im Antrag der SPD wird das zum Teil formuliert –, gesellschaftliche Veränderungen pauschal für solche Entwicklungen verantwortlich zu machen. Sie sollten die gesellschaftlichen Veränderungen einmal genau bezeichnen und nicht immer das System oder die allgemeine Struktur dafür verantwortlich machen. Nur wenn in unserer Gesellschaft eine Werteorientierung und ein Wertekonsens stattfinden, wenn dies von den Erwachsenen demonstriert und von ihnen – unabhängig davon, ob sie Eltern, Lehrkräfte oder erwachsene Menschen ohne Kinder sind – vorgelebt wird, dann lässt sich innerhalb unserer Gesellschaft auch wieder etwas verändern. Wenn wir Gewalt und das Entstehen von Gewalt nicht zurückdrängen und wenn wir in der Gesellschaft nicht alle miteinander bereit sind, Verantwortung dafür zu übernehmen, werden auch Schulen, Lehrkräfte und Eltern nur einen begrenzten Handlungsspielraum haben.

(Beifall bei der CSU)

Zu den gemeinsamen Werten: Mir ist in Schule und Bildung in den vergangenen Jahren sehr stark aufgefallen, dass das Interesse an Erziehung und Bildung von jungen Menschen schwach war. Auch das Mitgeben von Werten im Rahmen der Erziehung und Bildung wurde vor 15 Jahren noch heftig kritisiert. Ich sehe innerhalb unserer Schulen und innerhalb unserer Gesellschaft

immer wieder, mit welcher unglaublicher Toleranz wir jeder abstrusen Erziehungsvorstellung Raum geben und ihr Lauf lassen und wie wir unter Toleranz die Beliebigkeit verstehen, dass jeder seine abstrusesten Forderungen – welcher Art sie auch immer sein mögen – ausleben und in die Gesellschaft einbringen darf. Ich halte es nicht für richtig, solchen Strömungen nachzugeben. Ich halte es vielmehr für richtig und notwendig – und das praktizieren wir mittlerweile an Hunderten von Schulen in Bayern –, dass ein Lehrerkollegium gemeinsame Erziehungsmaßstäbe und Wertmaßstäbe haben muss, nach denen sich schließlich alle Lehrkräfte des Lehrerkollegiums richten. Auch Lehrkräfte sind Vorbilder, die ihrer Aufgabe nachkommen müssen.

Zum zweiten muss ich feststellen, dass wir viele Eltern mit unterschiedlichsten Erziehungsvorstellungen haben. Das bedeutet, dass Eltern und Lehrkräfte gemeinsam und konsequent Erziehungsmaßstäbe für die Schule prägen müssen, so dass die Kinder gemeinsames Erziehen durch Eltern und Lehrkräfte empfinden und nacherleben können. Wenn ein Lehrer in die eine Richtung, der andere Lehrer in eine andere Richtung, die Mutter in die dritte Richtung und der Vater schließlich in die vierte Richtung erziehen, muss das Kind am Schluss selbst entscheiden, was der richtige Wertmaßstab ist. Deshalb brauchen die Lehrer einen klaren Wertekonsens, der jegliche Form von Gewalt und Gewaltvorbereitung präventiv aufhält. In dem Zusammenhang halte ich es nicht für richtig, Herr Maget, dass Sie Vandalismus für vernachlässigbar halten.

(Beifall bei der CSU)

Vandalismus ist der erste Schritt dazu, den Respekt vor dem Eigentum anderer, den Respekt vor einer anderen Sache und den Respekt vor anderen Menschen zu verlieren.

Wir müssen Gewalt von Anfang an dort, wo sie auftritt, präventiv aufhalten. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir innerhalb unserer Schulen mittlerweile eine Fülle von Konfliktlotsen und Streitschlichtern ausgebildet haben. Wir müssen jungen Menschen im Rahmen der Erziehung altersgerecht vermitteln, dass ältere Schüler Verantwortung für jüngere Schülerinnen und Schüler tragen. Ich halte es für wesentlich, dass ältere Schülerinnen und Schüler Vorbilder für jüngere sind.

(Beifall bei der CSU)

Das ist in der gesamten Erziehungsdiskussion völlig abhanden gekommen. Wenn jüngere Schüler ältere Schüler so erleben, dass diese versuchen, sich in altersgleichen Gruppen mit abstrusesten Mutproben gegenseitig zu bestätigen, dann ist das etwas anderes, als wenn sie ältere Schüler als Konfliktlotsen, als Vertrauensschüler oder, wie es in Schweden bezeichnet wird, als Schutzengel erleben. Diese Schülerpartner haben die Verpflichtung und die Aufgabe übernommen, zu helfen. Sie haben innerhalb der Schule und der Elternschaft klare Ansprechpartner, die sie dabei unterstützen und begleiten, wenn sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Wenn man Gewalt aufhalten will, dann braucht man ein Netzwerk der Zusammenarbeit.

Herr Dr. Dürr, ich halte Ihren Kommentar zu Kirche, Küche, Kind nicht für hilfreich.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine Diskreditierung derjenigen, die sich für die Familie entschieden haben, die gerne Kinder erziehen und die bewusst in der Küche stehen und kochen. Ich sage das ganz nüchtern; sie gehen heute auch in die Kirche und finden dabei eine ethische Orientierung.

(Beifall bei der CSU)

Es ist unglaublich, dass man in diesem Rahmen wichtige Werte bewusst diskreditiert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich habe die Berufstätigkeit gewählt, Herr Dr. Dürr. Das heißt noch lange nicht, dass ich Mütter, die die Arbeit in der Familie gewählt haben, diskreditiere.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Wer tut das denn?)

Ich schätze die Arbeit dieser Frauen. Die CSU steht klar zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Herr Maget, auch Sie haben eine Formulierung gewählt, als würden wir noch eine Diskussion von vor 30 Jahren führen.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das machen Sie ständig! – Zuruf des Abgeordneten Mehrlich (SPD))

– Meine Güte! Welches andere Land in Deutschland gibt 600 Millionen DM dafür aus, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern? – Sie bringen immer wieder die These, wir wären das Schlusslicht. Christa Stewens wird deutlich darauf antworten. Ich bitte Sie, endlich Ihre Statistiken zu erneuern; sie stimmen nämlich nicht mehr.

(Maget (SPD): Das sind Ihre Statistiken!)

Durch Wiederholung wird das Ganze nicht besser.

Ich möchte etwas nachdenklicher sein, als Sie es momentan sind.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Maget (SPD): Sie hauen hier unverschämt herum! – Hofmann (CSU): Die haut nicht unverschämt herum!)

– Vielleicht hören Sie erst einmal zu, Herr Maget. Sie haben es zwar liebenswert formuliert, aber trotzdem –

(Maget (SPD): Diese Arroganz!)

– Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, dann kann ich vielleicht weitermachen.

Ich glaube nicht, dass die Forderungen der GRÜNEN zu einer Lösung führen. Ich habe von einem Netzwerk gegen Gewalt gesprochen. Ganztagschulen sind keine generelle Lösung für das Problem. Bei dem Täter in

Brannenburg handelte es sich um einen Schüler, der ganztätig in der Schule betreut und begleitet wurde. Trotzdem ist es zum Amoklauf dieses Schülers gekommen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie die Amokläufe erklären?)

Nach meinem Dafürhalten brauchen wir ein Netzwerk, in dem Eltern, Lehrer, Sozialpädagogen und die Jugendhilfe gemeinsam mit Schulpsychologen und Beratungsstellen sowie den älteren Schülern zusammenarbeiten und in dem, wie Alois Glück es formuliert hat, der eine den anderen respektiert und ihm zuhört.

All diese Fälle, die es gegeben hat, haben einen Hintergrund: Die jungen Männer waren alle Einzelgänger, sie waren still, und sie waren auffällig unauffällig.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie waren nicht gewalttätig und waren auch vorher nicht durch Gewalttaten aufgefallen. Niemand hat die Gefahr gesehen, dass eine Gewalttat von diesen jungen Männern ausgehen könnte.

Wir werden sensibel hinhören müssen, nicht nur in den Schulen. In einem Netzwerk von Partnern, die bereit sind, zusammenzuhalten und Werteerziehung zu betreiben, sollen junge Menschen aufgefangen werden, die still sind und glauben, ihre Verzweiflung nur durch Gewalttaten ausdrücken zu können.

In diesem Zusammenhang kann die Ganztagschule richtig sein; zur Schaffung eines Netzwerks gehört aber mehr als die monokausale Begründung, dass in einer Ganztagschule Derartiges wahrscheinlich nicht passiert wäre.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch schon wieder Quatsch, was reden Sie für einen Unsinn?)

In Brannenburg ist das leider in einer Ganztagschule passiert, weil der Schüler anscheinend dort auch keine Perspektive gesehen hat.

Ein gemeinsamer Aufruf an die Videoverleiher genügt mir nicht. Wir haben über Jahre hinweg so viele Aufrufe gemacht, dass eigentlich der letzte Videoverleiher ein Gespür entwickelt haben müsste. Ich glaube, wir müssen zu einem konkreten Verbot in bestimmten Bereichen kommen. Wir sollten in Deutschland den ersten Schritt gehen und uns nicht auf Aufrufe beschränken, die letztlich wenig bringen bzw. in der Vergangenheit wenig gebracht haben.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kollege Schneider.

Siegfried Schneider (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, die heutige Debatte macht deutlich, dass es nicht um Schuldzuweisungen geht.

(Maget (SPD): Nein, gar nicht. – Was war das denn eben?)

Das Gesagte macht deutlich, dass viele kleine Schritte notwendig sind. Die drei vorliegenden Dringlichkeitsanträge zeigen, dass mit pauschalen Schuldzuweisungen wenig zu erreichen ist.

(Maget (SPD): Wie würden Sie das eben bezeichnen?)

Es ist deutlich geworden, dass die Schule als ein Teil der Gesellschaft nicht von gesellschaftlichen Entwicklungen losgelöst sein kann. Viele Probleme und Fragen in der Gesellschaft betreffen die Schulen. Sie sind gefordert, sich mit diesen Herausforderungen auseinander zu setzen. Die Schule hat diesen Auftrag im Bewusstsein, dass sie nicht alle Probleme lösen kann. Wir müssen über ein neues Selbstverständnis der Schule diskutieren, das sich von einer zu starken Orientierung auf Lernprobleme und Anforderungen löst und die Lebensanforderungen und Probleme der jungen Menschen ins Blickfeld nimmt.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo!)

Die gesellschaftliche Entwicklung – das wurde bereits gesagt – ist von einer Werteppluralität geprägt bis hin zu einer Tendenz des „anything goes“, jeder kann nach seiner Façon glücklich werden. Das ist alles durchaus nachvollziehbar. Gleichzeitig wird die Schule wie ein Katalysator benutzt: Ich gebe meine Kinder in der Schule ab, und anschließend hole ich sie als gut ausgebildete, wohlherzogene Kinder zurück.

Diese Gesellschaft und wir als ihre Mitglieder müssen uns mit diesen Fragen auseinander setzen, mit den Gewaltdarstellungen und mit den Bildern, die wir in den Medien transportieren. Es wurde bereits auf das in den Vorabendsendungen vermittelte Bild der Gesellschaft hingewiesen, darauf, welche Vorbilder und Helden den jungen Menschen angeboten werden. Die Klagen der Lehrkräfte kreisen immer um diese Fragen. Wenn die Kinder nach den Wochenenden in die Schule kommen – ich nenne das Stichwort „Montagssyndrom“ –, dann braucht man viele Anläufe, um junge Menschen wieder aufnahmefähig zu machen.

Auch das ist ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Ich habe vom Selbstverständnis der Schule gesprochen. Ich sage deutlich, dass neben der Vermittlung von Wissen die Werteerziehung eine zentrale Herausforderung sein wird, um die jungen Menschen ganzheitlich zu fördern und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Dazu zählt, dass man die Pädagogik und die Arbeit in der Schule vom Kind aus sieht, einfach gesagt, dass man sich um das Kind kümmert. Dazu gilt es, bei der Zusammenarbeit zwischen der Schule und dem Elternhaus Verbesserungen anzugehen. Wir müssen die guten Ansätze, die wir in vielen Schulen sehen, ausbauen und dafür sorgen, dass sich die Lehrkräfte untereinander besser austauschen. Alle, die in einer Klasse unterrichten, sollen sich um das Kind kümmern, das zum Beispiel der Englischlehrer auch weiß, wie sich das Kind beim Sportlehrer oder beim Mathematiklehrer macht. Die Unterrichtsstunden dürfen nicht isoliert gesehen werden, sondern das Kind und seine Entwicklung müssen im Mittelpunkt stehen.

Die Schule kann die Erziehungsaufgabe der Eltern nicht ersetzen. Sie kann unterstützen. Sie kann ergänzen. Das Recht und die Pflicht der Erziehung liegt und bleibt bei den Eltern. Aber – hier möchte ich aufgreifen, was Alois Glück angeführt hat –, ein Großteil der Persönlichkeitsentwicklung findet schon im jungen Alter statt. Diejenigen, die Kinder im Alter von 15, 16 oder 17 Jahren haben, wissen, wie schwierig es ist, die Kinder zu prägen, da die Peergruppe eine immer größere Rolle in der Entwicklung des Kindes einnimmt. Ich glaube, dass unser Ansatz, nicht nur die Ganztagschule zu propagieren, sondern die Ganztagsbetreuungsangebote, das Hereinnehmen der Vereine und Verbände, das Vernetzen mit den Angeboten in der Region, ein zielführender Ansatz ist, um jungen Menschen die Förderung in sinnvollen Peergruppen zu geben, ihnen zum Beispiel sportliche Angebote zu machen,

(Beifall bei der CSU)

ihnen ein Angebot im musischen Bereich zu machen. Das kann die Blaskapelle sein oder der Musikverein. Wir müssen Angebote schaffen, damit junge Menschen ihre Persönlichkeit entwickeln können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen die Lehrkräfte unterstützen und dürfen sie mit diesen Fragen nicht alleine lassen. Ein paar Punkte hat Frau Staatsministerin Hohlmeier bereits angesprochen. Wir haben Beschlüsse gefasst, dass in der Lehrerbildung auf diese Fragen Rücksicht genommen werden soll. Die Lehrkräfte sollen in Fragen der Sozialpädagogik, in Fragen der Behandlung von Kindern mit Behinderungen und Schwierigkeiten sattelfester werden. Wir müssen – darauf wird Kollege Unterländer sicherlich noch intensiver eingehen – die Eltern- und Familienbildung als wichtigen Teil dieser gesamten Anstrengung sehen. Wir brauchen Erziehungspartnerschaft. Es wurde bereits davon gesprochen, dass es immer schwieriger werde, einen grundlegenden Konsens über Erziehungsfragen, Normen und Werte zu erreichen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Schule, Bildung und Erziehung können nicht wertfrei sein, können nicht normfrei sein. Voraussetzung ist, dass junge Menschen einen Orientierungsrahmen bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Der Begriff „Toleranz“ wird sehr, sehr stark strapaziert. Ist der Begriff „Toleranz“ nicht auch oft der Deckmantel,

um wegschauen zu können, um sich nicht mit Arbeit belasten zu müssen und der Beliebigkeit Raum zu geben?

(Beifall bei der CSU)

Ich wünsche mir von vielen, auch von mir, von uns allen mehr Mut, die Dinge anzusprechen, die angesprochen werden müssen, und nicht vieles unter dem Deckmantel der Toleranz laufen zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich habe schon über das Selbstverständnis der Schule gesprochen. Zentraler Inhalt der Schule wird die Vermittlung von Wissen bleiben müssen. Das ist nötig, damit sich junge Menschen ein Urteil bilden können. Wer nichts weiß, ist anfällig für alle möglichen „Rattenfänger“. Wer nichts weiß, kann sich kein eigenes Urteil bilden und muss glauben, was ihm angeboten wird. Darüber hinaus ist entscheidend, dass das Ich der jungen Menschen gestärkt wird, dass sie Selbstkompetenz bekommen, damit sie mit ihren Stärken und Schwächen zurechtkommen können, und dass sie die notwendige Sozialkompetenz bekommen, eigenverantwortlich handeln können, aber auch im Respekt und in Verantwortung für die Mitschüler und die Mitmenschen. Dazu brauchen die Kinder bestimmte Hilfen. Ich habe in meinem Studium die drei so genannten großen R gelernt, die das Kind braucht, nämlich die Regeln, den Orientierungsrahmen, in dem es sich bewegen und an dem es sich reiben kann, um wachsen zu können, es braucht seine Räume, in denen es eigenverantwortlich entscheiden kann und muss, und es braucht die Rituale, es braucht Feste, Feiern und das Eingebundensein in seine Kultur als ganz wichtige Wegmarkierung.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren: Kinder brauchen vor allem aktives Leben – Leben aus erster Hand und nicht aus zweiter Hand. Sie brauchen Aktivitäten sowohl in der Schule als auch in der Freizeit bei Sport, Musik und anderen Betätigungen. Kinder brauchen vor allem auch Zeit des Angemessenseins. Das sind die Aufgaben von Schule und Elternhaus.

Als letzter Punkt: Lehrer brauchen Unterstützung in ihrem Image. Jeder sollte sich die Frage stellen, in welcher Weise er über Lehrer spricht, welches Bild er von Lehrern verbreitet. Ich möchte nicht im Detail auf Ausführungen und Zitate verweisen, die Autorität der Schule untergraben. Aber auch das müssen wir selbstkritisch ansprechen. Herr Kollege Maget hat von Finnland gesprochen. Frau Botschaftsrätin Högnabba an der Finnischen Botschaft in Berlin machte in einem Gespräch über das Schulwesen Finnlands eine interessante Bemerkung:

Unsere Schulen arbeiten auch deswegen so erfolgreich, weil in Finnland Lehrer hohes Ansehen genießen. Kein finnischer Politiker käme auf die Idee, Pädagogen als Faulpelze zu beschimpfen. (Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Frau Radermacher (SPD) und Frau Werner-Muggendorfer (SPD))

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

Staatsminister Dr. Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu vier Bereichen Bemerkungen machen.

Erstens, Herr Kollege Maget, es ist nicht zutreffend, dass ich im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ der Bundesregierung eine Mitverantwortung für Erfurt zugemessen habe. Ich habe ausdrücklich erklärt, dass die Maßnahmen, die wir zum Waffenrecht bis hin zu den Gewaltvideos andenken, wahrscheinlich eine solche Explosion der Gewalt, wie wir sie in Erfurt und vorher in Bad Reichenhall oder Freising erlebt haben, nicht mit letzter Sicherheit verhindern könnten. Ich habe allerdings gesagt, dass ich außerordentlich enttäuscht darüber sei, dass wir nach Bad Reichenhall zum Verbot von Killerspielen und Gewaltvideos noch keinen Schritt weitergekommen sind.

Nach Bad Reichenhall hatten wir eine ausführliche Diskussion, die mich in vielen Punkten an die heutige erinnert. Nach langer Diskussion im Bundesrat haben wir mit breiter Mehrheit einen Antrag verabschiedet, der das totale Verbot Gewalt verherrlichender Videos und Computerspiele verlangt. Der Beschluss vom 25. Februar 2002 erfolgte auf Initiative Bayerns. Auf diesen Beschluss, den der Bundesrat mit breiter Mehrheit gefasst hat, ist bis heute nicht reagiert worden. Ich muss auch jetzt wieder sagen: Es stimmt schlichtweg nicht, dass Bayern etwas verhindert hätte. Es handelte sich um ein anderes Thema, nämlich um die Jugendschutzbestimmungen in Online- und Offline-Medien. Mir ging es aber um das Verbot Gewalt verherrlichender Video- und Computerspiele und Killerspiele. Nach langen Diskussionen – der damalige Koalitionspartner der CDU/CSU, die FDP, hat über viele Jahre nicht mitgemacht – ist nach Bad Reichenhall es nach vielen Gesprächen möglich gewesen, Einigkeit über das Verbot Gewalt verherrlichender Videos und Computerspiele zu erreichen. Es sei mir nachzusehen, dass ich die Diskussionen nicht mehr hören kann, bei denen Gutachter immer wieder sagen, die Spiele hätten keinen Einfluss. Wir wissen, dass der Täter von Gersthofen, wo Vanessa umgebracht wurde, angegeben hat, er habe ein Videospiel – Halloween – möglichst präzise umsetzen wollen.

Ich bin enttäuscht, dass Ihr Antrag kein totales Verbot von gewaltverherrlichenden Videos und Computerspielen vorsieht, obwohl sich die Ministerpräsidenten bei dem Treffen mit dem Bundeskanzler ausdrücklich darauf geeinigt hatten. Ich kenne die Bedenken und weiß, wie schwierig das ist. Es reicht nicht, auf § 131 StGB hinzuweisen. Das Problem ist, dass die objektiven und subjektiven Anforderungen an diesen Tatbestand außerordentlich hoch sind. Es sind zwar viele Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, und wir hatten eine erhebliche Zahl von Anklagen bzw. Strafbefehlen, es erfolgten jedoch nur wenige Verurteilungen. Es müssen hohe objektive und subjektive Anforderungen erfüllt sein, damit man vom Tatbestand der Gewaltverherrlichung sprechen kann. Deshalb muss man darüber hinaus gehen. Man muss in aller Nüchternheit darüber reden.

(Abgeordneter Maget (SPD) übergibt Staatsminister Dr. Beckstein den Dringlichkeitsantrag der SPD – Frau Radermacher (SPD): Er hat die zweite Seite noch nicht gelesen!)

Lassen Sie mich zunächst noch einige Ausführungen zum § 131 machen. Es reicht nicht aus zu fordern, die Polizei müsse in einer anderen Art und Weise vorgehen. Die subjektiven und objektiven Anforderungen sind so hoch, dass es rechtlich nicht zulässig wäre, eine Beschlagnahme oder Ähnliches durchzuführen.

(Frau Radermacher (SPD): Das steht so im Antrag, Herr Minister! – Maget (SPD): Deshalb haben wir in unserem Antrag formuliert: „Selbst ohne vorhergehende Indizierung sollen Medien, die Krieg verherrlichen oder die Menschenwürde verletzen, mit Abgabe-, Vertriebs- und Werbeverbot belegt werden können.“!)

– Es reicht nicht aus, wenn Sie die Verherrlichung der Gewalt als Kriterium anführen.

(Maget (SPD): Die Verletzung der Menschenwürde!)

– Das reicht nicht aus. Stellen Sie sich ein Spiel vor, in dem dargestellt wird, dass ein Mensch tödlich getroffen oder verletzt wird. Wenn gleichzeitig angefügt wird, dass das Spiel dazu dienen soll, Gewalt zu vermeiden, dann kann man nicht mehr von einer Gewaltverherrlichung sprechen. Das bedeutet, dass wir schlichtweg Computerspiele, Killerspiele und Ähnliches verbieten müssen.

(Maget (SPD): Computerspiele?)

– Killerspiele müssen verboten werden. Das war der Beschluss des Bundesrats vom 25. Februar 2000. Ich glaube, dass das in Ordnung ist.

(Maget (SPD): Würden Sie das Spiel „Counterstrike“ verbieten? Das ist das Spiel, das am häufigsten gespielt wird!)

– Ich will jetzt nicht auf ein einzelnes Spiel eingehen. Das sollen die Fachleute beurteilen. Dass aber Spiele, deren Ziel das Töten von Menschen ist, nicht unbedingt geeignet sind, Gewalt zu vermeiden, ist wohl klar. Solche Spiele müssen verboten werden.

(Beifall bei der CSU)

Darüber herrschte breite Übereinstimmung im Bundesrat, auch unter den SPD-regierten Ländern. Es hilft nichts, von Richtern und Polizisten eine andere Anwendung des § 131 zu verlangen. Die Auslegung ist richterlich festgelegt, und deshalb muss der Gesetzgeber Änderungen vornehmen, wie dies auch der Bundesrat gefordert hat.

Ein weiterer Punkt betrifft das Waffenrecht. Ich lasse es nicht auf mir sitzen, wenn der Eindruck erweckt wird, wir hätten seinerzeit sicherheitsrelevante Dinge nicht beachtet und jetzt seien wir sozusagen auf Linie gekommen. Jeder, der die Diskussion verfolgt hat, weiß, dass

es uns immer um den Grundsatz gegangen ist, die Sicherheitsbelange zu wahren, deswegen aber nicht die große Mehrzahl der anständigen Jäger und Sportschützen zu schikanieren.

(Beifall bei der CSU – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt das?)

Wir sind zu einer Übereinstimmung gekommen, weil Herr Schily und ich im Wesentlichen eine einheitliche Linie vertreten haben. Herr Schily hat den Gesetzentwurf seines Ministeriums aufgrund von Gesprächen mit Herrn Kollegen Regensburger, der Dutzende Male in Berlin war, deutlich verändert und die Interessen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit den Interessen der Verbände abgeglichen. Unser zentrales Anliegen war beispielsweise die wesentliche Verschärfung der Aufbewahrungsvorschriften für Waffen. Wenn eine Waffe nicht ordentlich aufbewahrt wird, kann sie leicht zu einer illegalen Waffe werden. Wir in Bayern wollten deshalb die Aufbewahrungspflichten verschärfen. Das ist in der Zwischenzeit auf Bundesebene gemacht worden.

Ich habe immer gesagt, dass es grundsätzlich keinen Unterschied macht, ob ein Jäger sechs oder acht Waffen hat, und dass ich nicht bereit bin, in dieser Frage bürokratische Vorschriften einzuführen, die für Sicherheitsfragen ohne Belang sind. Wir haben in diesem Bereich Bürokratie reduziert, die von unseren Fachleuten unter Sicherheitsgesichtspunkten für übertrieben angesehen worden ist. Wir haben aber sehr wohl all das auf den Weg gebracht, was wir unter Sicherheitsgesichtspunkten für notwendig gehalten haben. Dazu gehört zum Beispiel, dass man nur die Waffen bekommt, für die man ein konkretes Bedürfnis glaubhaft macht, nicht aber ganz andere. Wir wollten das auf den Weg bringen, was der Sicherheit dient, nicht aber bürokratische Schikanen für die überwältigende Mehrzahl der Sportschützen und Jäger einführen.

(Beifall bei der CSU)

Diesen Satz, der von uns entwickelt worden ist, können Sie mittlerweile dutzendfach bei Herrn Schily nachlesen. Wir sind jetzt auf einem vernünftigen Weg.

Zu diesem Themenkomplex gehört auch der Erlass einer befristeten Amnestie, wenn illegale Waffen einige Monate nach In-Kraft-Treten des Gesetzes abgegeben werden. Das wird in der Öffentlichkeit noch zu wenig diskutiert. Es ist bekannt, dass die meisten Straftaten mit illegalen Waffen verübt werden. Legale Waffen spielen dabei nur eine wesentlich geringere Rolle.

Selbstverständlich ist es notwendig, die Vorschläge, die in den Anträgen eingebracht worden sind, noch einmal zu überprüfen. Deswegen wird der Bundesrat am 31. Mai den Vermittlungsausschuss anrufen. Parallel dazu wird in einer Unterarbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses versucht, möglichst schnell die Verschärfungen im Waffenrecht durchzusetzen, damit diese noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten können.

Lassen Sie mich noch einen letzten Gesichtspunkt ansprechen. Bayern tut in Bezug auf die Sicherheit dop-

pelt so viel wie andere Länder. Bayern braucht den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. In Bayern wird viel für die Prävention getan. So besuchen Präventionsbeamte die Schulen, um Konfliktlösungsstrategien aufzuzeigen. Es gibt das schulische Projekt „Prävention im Team“. Es gibt den gemeinsamen kriminalpräventiven Unterricht mit den Schwerpunkten Gewalt, Diebstahl und Sucht. Ich könnte noch eine Reihe von weiteren präventiven Maßnahmen der Polizei aufzählen.

Auf der anderen Seite gibt es repressive Maßnahmen. Das beginnt bei dem Programm gegen Schuleschwänzen und geht bis zu konsequenten Maßnahmen gegen jugendliche Intensivtäter, die massiv Gewalt ausüben. Es ist eine relativ kleine Anzahl, die Straftaten in Serie ausüben. Die müssen sich unserer besonderen Fürsorge sicher sein können. Repression gehört auch zu den Maßnahmen, die neben Erziehungsmaßnahmen und sozialen Programmen, über die Frau Kollegin Stewens noch sprechen wird, ergriffen werden müssen. Die Polizei muss ihren Beitrag sowohl in der Prävention als auch in der Repression leisten. Ohne diese Maßnahmen wäre eine wirksame Arbeit zur Reduzierung der Gewalt in der Gesellschaft nicht vollständig.

Deswegen ist es, glaube ich, berechtigt, auf diesen Gesichtspunkt hinzuweisen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Herr Beckstein. Das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens. Bitte.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gewalt hat viele Gesichter, hat viele Facetten. Wenn wir über Brutalität in unserer Gesellschaft diskutieren, diskutieren wir über ein vielschichtiges Problem. Wir dürfen nicht den Fehler machen, dass wir heute zwar intensiv diskutieren, Gesetze verschärfen, Resolutionen verabschieden, Pakte auf den Weg bringen und dann ganz normal wie bisher weiterleben, ohne tatsächlich die wirklich wichtigen Schlussfolgerungen aus den Ereignissen in Erfurt zu ziehen.

Unser Bestreben muss sein, dass sich unsere Gesellschaft ändert. Unser Bestreben muss sein, dass unsere Gesellschaft auf ein werteorientiertes Koordinatensystem aufbaut. Zu diesem werteorientierten Koordinatensystem der Gesellschaft gehören für mich neben den drei R, die Siegfried Schneider angeführt hat, auch die drei Z, nämlich die Zeit, die Zuneigung und die Zärtlichkeit, Zeit für unsere Kinder, und zwar für alle, ob im Kindergarten, bei den Erzieherinnen oder in der Schule, aber vor allen Dingen auch bei den Eltern. Wir brauchen wirklich wieder mehr Zeit.

Die Rede des Kollegen Dürr hat mir das Gefühl vermittelt, dass er einen Redeentwurf verfasst, aber leider unserem Fraktionsvorsitzenden Alois Glück überhaupt nicht zugehört hat; denn Kollege Dürr ist auf das Anlie-

gen des Kollegen Glück überhaupt nicht eingegangen. Er hat diese Chance verpasst.

(Zurufe von Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte dazu sagen, dass die Wahlfreiheit bis heute leider Gottes keine Selbstverständlichkeit ist. Wir wissen ganz genau, dass Familien mit kleinen Kindern die sozial schwächste Gruppe in unserer Gesellschaft sind. Das sind diejenigen, die am wenigsten Geld haben, siehe den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, aber auch unseren eigenen Sozialbericht! Deswegen müssen wir auch in diesem Bereich die jungen Familien finanziell stärken. Das ist ganz, ganz wichtig wegen der 1,1 Millionen Kinder, die von der Sozialhilfe leben, aber auch um die Wahlfreiheit für unsere Frauen und Männer zu eröffnen. Wir haben die Wahlfreiheit in dieser Form leider nicht. Dazu gehört natürlich auch der Ausbau der Kinderbetreuung. Das ist für uns überhaupt keine Frage. Wir wollen niemanden auf bestimmte Rollen festlegen.

Zu den drei K: Ich bin zum Beispiel eine Frau, die sich ganz klar zu den drei K bekennt. Ich habe Kinder, ich koche gern und gehe am Sonntag in die Kirche. Ich habe damit überhaupt keine Probleme.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hören Sie endlich auf, dies in dieser Art und Weise als verzopft oder blöd in irgendeiner Form zu stigmatisieren.

(Beifall bei der CSU)

Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit erreichen Sie eben auch nur über das Familiengeld.

Wir brauchen eine breite Allianz gegen zunehmende Gewaltverherrlichung bzw. -verharmlosung und gegen Brutalisierung in der Gesellschaft. Dazu gehört für mich auch mehr natürlicher Lebensraum für unsere Kinder. Wo können sich denn unsere Kinder heutzutage noch wirklich austoben, wo ihre Kräfte messen? Das halte ich für ungeheuer wichtig.

Die Erfurter Gewalttat muss sorgfältig analysiert werden. Wir können hier nicht mit einfachen Klischees Antworten geben. Bei der Aufarbeitung der Erfurter Ereignisse, aber auch der Ereignisse von Freising, Brandenburg und Meißen gibt es zwei Dinge, die uns auffallen. Das ist zum einen die Tatsache, dass alle Täter einen leichten Zugang zu den Waffen hatten. Das ist zum anderen der Umstand, dass bei allen Tätern Gewalt verherrlichende Medienprodukte in großer Zahl festgestellt und sichergestellt wurden. Es darf nicht nur um die Verbesserung des Waffenrechtes gehen, sondern es geht insgesamt um einen effektiven Jugendschutz, und zwar auf breiter Basis.

Wir in Bayern waren schon immer davon überzeugt, gerade auch belegt durch die Medienwirkungsforschung, dass es Zusammenhänge zwischen Medienkonsum und Gewaltbereitschaft junger Menschen gibt.

Wir haben dieses Thema in Bayern frühzeitig aufgegriffen und thematisiert. Wir haben dies auch in der politischen Debatte deutlich gemacht und dazu Diskussionen mit allen relevanten Kräften in unserer Gesellschaft geführt.

Leider Gottes hat der Jugendschutz auf Bundesebene mit der rasanten Entwicklung der Medien in den vergangenen Jahren nicht Schritt halten können. Die Bayerische Staatsregierung hat ja schon Mitte der Achtzigerjahre die erste Bundesratsinitiative eingebracht, wobei sie sich für eine deutliche Verbesserung des gesetzlichen Jugendschutzes ausgesprochen hat. Forderungen waren damals das Miet- und Verleihverbot für schwer jugendgefährdende Videofilme sowie Computer- und Videospiele, ein Verbot für reale oder elektronisch simulierte so genannte Killerspiele, bei denen Verletzungs- und Tötungshandlungen an Mitspielern simuliert wurden. Sie kennen sicher Paintball, Laserdromespektakel usw. Wir haben auch damals schon die verbindliche Alterskennzeichnung für Computer- und Videospiele gefordert. Mehrere solche Vorstöße im Bundesrat sind gescheitert.

Nach den Ereignissen in Bad Reichenhall – der Kollege Beckstein hat darauf hingewiesen – hatten wir im Februar 2000 – bitte schön! – im Bundesrat mit unserer Bundesratsinitiative Erfolg. Damals ist unsere Bundesratsinitiative angenommen worden, aber sie ist leider Gottes nicht umgesetzt worden. Zwei Jahre danach sind diese Forderungen von der Bundesregierung noch nicht aufgegriffen worden. Hierbei geht es um den Offline-Bereich im Bundesjugendschutzgesetz.

Seitens der Bundesministerin Frau Bergmann wurde – Sie können sich erinnern – eine Diskussion über Discos für 14- bis 23-Jährige geführt. Das war die öffentliche Diskussion damals. Daraufhin hat im Dezember 2001 die Bundesfamilienministerin erklärt, sie komme mit dem Bundesjugendschutzgesetz nicht weiter, die Novellierung werde auf Eis gelegt und in die nächste Legislaturperiode verschoben. Das war leider Gottes die Situation.

Deswegen haben wir unsere Forderungen nochmals bekräftigt. Wir haben zusätzlich ein Verbot des Vertriebs von Videos per Automaten gefordert. Das muss man sich nämlich ganz genau anschauen, weil hier wirklich sehr weite Zuganglockerungen für Kinder und Jugendliche angedacht sind. Diese Lockerungen wollen wir verhindern. Den entsprechenden Gesetzesantrag haben wir per Ministerratsbeschluss vom 7. Mai zusätzlich in die Bundesratsinitiative hineingenommen.

Einen Tag zuvor, am 6. Mai, fand eine Beratung statt, zu der Bundeskanzler Schröder die Ministerpräsidenten eingeladen hatte. In der Beratung mit den Länderchefs konnten wir als Freistaat Bayern einen definitiven Erfolg verbuchen. Der Bundeskanzler hat nämlich endlich ein generelles altersunabhängiges Vermiet- und Verleihverbot begrüßt. Dann ist endlich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe installiert worden, um ein absolutes Herstellungsverbot für schwer jugendgefährdende Bildträger auszuloten und die Vollzugspraxis von § 31 des Strafrechtzbuches zu überprüfen.

Genau das waren die Dinge, die wir auch in der Bundesratsinitiative 31 schon seit zwei Jahren eingefordert hatten. Lediglich der Vertrieb per Automaten war damals noch nicht dabei.

Ich möchte noch Folgendes sagen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Die Erfurter Tragödie ist eigentlich zu gravierend, als dass sie sich für politische Grabenkämpfe eignen würde. Aber ich kann der Bundesfamilienministerin die sachliche Kritik leider Gottes nicht ersparen. Bekanntlich gab es am 3. Mai in einer Blitzaktion die Novellierung des Bundesjugendschutzgesetzes. Seinerzeit war als einzige bayerische Forderung auf Beschluss des Bundesrates die verbindliche Alterskennzeichnung aufgenommen worden. Das muss man schlicht und einfach sehen. Sonst war nichts aufgenommen worden. Jetzt hat der Bundeskanzler Gott sei Dank ein Machtwort gesprochen. Die Frage an die Bundesregierung ist legitim: Warum erst jetzt? Letztlich wären vier Jahre Zeit gewesen für ein ganzheitliches überschaubares Regelwerk, auf das sich Eltern verlassen können. Wie gesagt, auch die Jugendministerkonferenz hat dazu qualifizierte Vorschläge unterbreitet.

Auf eines möchte ich noch relativ kurz hinweisen. Wir haben in Bayern schon immer ganz großen Wert auf qualifizierten erzieherischen Kinder- und Jugendschutz gelegt. Stichwortartig nenne ich einige Beispiele dafür.

Da ist unser allgemeines Kinder- und Jugendprogramm, das Sofortprogramm Jugend und Gewalt. Zahlreiche Aktivitäten der präventiven Familien- und Elternbildung werden gefördert. Da ist die wertvolle Arbeit – Herr Kollege Maget, vielleicht nehmen Sie sie zur Kenntnis, statt Zeitung zu lesen;

(Maget (SPD): Es fällt schwer, Frau Ministerin!)

Sie haben vorhin gesagt, davon haben Sie noch nie etwas gehört –,

(Maget (SPD): Jetzt werden Sie nicht ausfallend!)

die wertvolle Arbeit und Vernetzung der Erziehungsberatungsstellen mit Eltern, Kindertagesstätten und Schulen.

(Maget (SPD): Um Zuhören zu bitten und dann ausfallend zu werden, ist auch krass!)

Ich nenne weiter die verbandliche und offene Jugendarbeit, die Maßnahmen der ambulanten Erziehungshilfe, zum Beispiel die sozialen Trainingskurse, die Antiaggressionskurse und last but not least die qualifizierten Projekte der Aktion Jugendschutz, zum Beispiel das Konfliktlösungsmodell „Mediatoren statt Gladiatoren“.

Wir sind das einzige Land in Deutschland, das die Jugendsozialarbeit in eine Regelförderung überführt hat. Der Maßstab dafür sind soziale Belastungsfaktoren, also viele Arbeitslosenhilfeempfänger, Sozialhilfeempfänger, eine hohe Trennungs- und Scheidungsquote oder Kinder, die nicht Deutsch sprechen.

Besonders aktuell und innovativ ist der Elterntalk, um Eltern fit zu machen für den Bereich Medienfragen,

denn, meine Kolleginnen und Kollegen, der Medienkonsum der Kinder muss von den Eltern kritischer begleitet werden. Eltern wissen oft nicht, was in den Kinderzimmern tatsächlich vorgeht. Wissenschaftler der Ruhruniversität Bochum haben festgestellt, dass 27 % der Mütter und 16 % der Väter keine Ahnung haben, mit welchen Computerspielen sich die Kinder die Zeit vertreiben. Das ist ein alarmierendes Signal, und hier muss die Erziehungsverantwortung und die Erziehungsverpflichtung der Eltern eingefordert werden.

Unser Haus hat an der Universität Regensburg bei Herrn Professor Lukesch ein Forschungsprojekt in Auftrag gegeben mit dem Titel „Analyse und Wirkung der Gewalt in den Medien auf Kinder und Jugendliche“. Ich werde dazu am 17. Mai mit Herrn Professor Lukesch eine Pressekonzferenz abhalten.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Politik Gewaltphänomene nicht im Alleingang bewältigen kann. Die Diskussion darüber muss überall in unserer Gesellschaft geführt werden, in den Familien, in den Schulen, am Arbeitsplatz. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir innerhalb der Bayerischen Staatsregierung mit unseren Maßnahmen dazu einen wichtigen, wertvollen Beitrag geleistet haben und weiter leisten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Münzel.

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ein Satz zu Ihnen, Frau Stewens.

(Dr. Kaiser (SPD): Die geht gerade!)

– Jetzt geht sie heim.

(Maget (SPD): Es ist ja unglaublich!)

Dann sage ich es Ihnen. Frau Stewens hat kritisiert, dass Kollege Dürr Herrn Glück nicht zugehört hat. Dazu muss ich sagen: Unsere Aufgabe ist es nicht, Herrn Glück zu huldigen. Wir haben ihm genau zugehört, und er hat, was die Frauen anbelangt, alle Vorurteile bestätigt, die man gegen die CSU haben kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber eigentlich habe ich mich zum Redebeitrag der Frau Ministerin Hohlmeier gemeldet. Ich möchte noch einige Gedanken zur Schule sagen. Ich bin nicht der Meinung, dass die Schule der erste Ansprechpartner ist, wenn es um Gewalt und Gewaltbereitschaft geht. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es ist auch ein Problem der Kinder und Jugendlichen, aber hauptsächlich ein Problem der Erwachsenen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte davor warnen, sofort allein die Schule in den Fokus zu nehmen und zu sagen: Da muss sich alles

ändern. Schule muss auch einen Teil dazu beitragen, und dieser Verantwortung wird sie sich stellen, aber das ist letztlich nur ein Teil des Ganzen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da möchte ich schon einmal hinterfragen – jetzt geht diese Ministerin auch –: Was machen wir denn eigentlich in unseren Schulen? Welche Kinder sind in unseren Schulen wirklich noch gut aufgehoben? Wer fühlt sich in unseren Schulen noch geborgen? Welches Kind kann noch unbeschwert in die Schule gehen, ohne dass es Beruhigungsmittel nimmt, ohne dass Ritalin verabreicht wird?

Sehr viele Kinder in unseren Schulen sind einem ungeheuren Druck ausgesetzt, sie werden mit Nachhilfe getriezt – sage ich einmal. Sie weinen schon, wenn sie einmal eine Zwei oder eine Drei in einer Schulaufgabe oder Probearbeit haben. Um andere Kinder kümmert sich überhaupt niemand. Für sie gibt es keine häusliche Unterstützung, weil die Eltern das nicht können und das nicht wollen. Der Grund ist auch total unerheblich.

(Hofmann (CSU): Das ist nicht unerheblich!)

Entscheidend ist, dass diese Kinder allein gelassen werden und wir in der Verantwortung sind.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was machen wir mit den Kindern, die die geforderten Leistungen nicht erbringen? Wir sortieren sie in verschiedene Schublade ein. Spätestens nach der vierten Klasse entscheiden wir, für welche Schulart ein Kind geeignet ist. Ich möchte gar nicht abstreiten, dass Sie von der CSU das vielleicht sogar gut meinen, dass Sie der festen Überzeugung sind, dass das der richtige Weg ist, sozusagen für jedes Kind die richtige Schulart. Aber haben Sie sich eigentlich einmal klargemacht, was Sie damit den Kindern antun? Jedes Mal, wenn ein Kind ein Ziel nicht erreicht – das Ziel ist das Gymnasium, es scheitert, das Ziel ist die Realschule, es scheitert –, entsteht das, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Glück: seelische Verletzungen. Selbst wenn noch so oft darauf hingewiesen wird, dies sei die richtige Schulart: Jedes einzelne Kind wird das als Niederlage empfinden und seelische Verletzungen davontragen.

Wenn ich es richtig im Kopf habe, wiederholen 30 % der Schülerinnen und Schüler eine Klasse. Das ist eine Niederlage, auch wenn wir noch so oft sagen: Das ist nur gut für dich. Dazu kommt der hohe Prozentsatz der Kinder, die keinen Schulabschluss haben, bei den ausländischen Kindern 25 %. Viele Kinder wechseln die Schulart, und Durchlässigkeit besteht fast nur von oben nach unten. Kaum jemand schafft den Weg von der Realschule zum Gymnasium, sondern meistens geht es von Gymnasium zur Realschule und dann zur Hauptschule. Auch das wird immer wieder als Niederlage empfunden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Reformpädagogik hat versucht, diesem Dilemma in der Schule abzuwehren, die Schule als Lebensraum für die Kinder zu gestalten. Da sind sehr gute Ansätze verwirklicht worden. Aber dann gab es in den letzten Jahren die berüchtigten Studien Timss und Pisa, und sofort wurde die Reformpädagogik als „Kuschelpädagogik“ diffamiert. Das finde ich schlichtweg ein Elend.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit wurde ein pädagogischer Ansatz diffamiert, der den Kindern wirklich das gibt, was Frau Stewens Zeit, Zärtlichkeit und Zuwendung nannte, also das, was man unter „pädagogischem Eros“ versteht.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– So heißt das, das ist ein Fachbegriff.

Ministerpräsident Stoiber sagte angesichts von Timss und Pisa: Jetzt muss Schluss sein mit der Spaßgesellschaft. Lernen muss auch weh tun. Dann reißen wir das Ruder noch mehr herum in Richtung Leistung, Leistung, Leistung. Dabei wird nicht auf das Kind geschaut und darauf, inwieweit der Schüler, der Jugendliche Freude am Lernen hat. Ich habe hier schon oft gesagt, dass man nur dann wirklich lernt, wenn man auch Freude hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Frau Ministerin: Wir glauben nicht, dass die Ganztagschule alle Probleme löst.

Das glauben wir nicht. Die Tragödie, zum Beispiel jetzt die von Erfurt, ist ja der Anlass dieser Diskussion gewesen. Es geht doch nicht nur um diese Amokläufe, sondern es geht auch hier um eine gesellschaftspolitische und eine politische Debatte darüber, was wir uns in den verschiedenen Bereichen noch einmal anschauen und anpacken müssen. Aber ich meine, die Ganztagschulen sind doch wirklich ein Weg, um auch dieses eine „Z“, die Zeit, den Kindern zu geben, tatsächlich Zeit für Bildung und Erziehung zu haben.

Meiner Einschätzung nach können wir viele Probleme, die wir auch an den Schulen haben, nur durch vielfältige Lösungsansätze packen. Es gibt nicht nur einen Weg. Es müssen sehr viele verschiedene Wege besprochen werden. Vielleicht muss man da auch einmal einen Weg beschreiten, von dem man anfangs gar nicht annimmt, dass er zum Ziel führt. Wir müssen sehr, sehr viele Mosaiksteinchen zusammensetzen. Mein Appell an Sie ist, dass wir diese Mosaiksteinchen herausuchen und zusammensetzen, und zwar ohne irgendwelche ideologischen Scheuklappen. Meinerseits bin ich jederzeit bereit, wir sind bereit, ganz offen und breit darüber zu diskutieren, was notwendig ist, um unsere Schule so zu verändern, dass ein wirklicher Lebensraum für unsere Schülerinnen und Schüler entsteht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kollege Unterländer.

Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wachsende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen – Konsequenzen für Gesellschaft und Politik: Das heißt für uns auch, in einem Schlüsselbereich die Frage zu stellen, wie die Familien in ihrer Gesamtheit mit ihren Kindern gestärkt und unterstützt werden können. Diese Zeit ist auch eine Chance für eine Familienpolitik, die weitergeht, als nur nach finanziellen Besserstellungen und dem Ausbau der Kinderbetreuung zu verlangen – was beides dringend notwendig ist.

Aber eine dritte, mindestens genauso wichtige Säule ist – nach den Erkenntnissen, die wir leider aus diesen dramatischen Ereignissen gewinnen mussten – die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern. Es geht, wenn wir uns hier auseinander setzen, auch um die Fragestellungen, die wir uns als Voraussetzung für gesellschaftspolitische Konsequenzen und Antworten vor Augen führen müssen. Ich möchte hier sieben Punkte ansprechen.

Zum Ersten ist es, was heute schon wiederholt als wichtiger Aspekt genannt worden ist, die Zeit, die im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern von entscheidender Bedeutung ist. Wir müssen uns fragen: Haben Eltern genügend Zeit für ihre Kinder angesichts unserer Arbeitsabläufe, der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen? Hier denke ich an Aussagen des Freizeitwissenschaftlers Prof. Opaschowski, der über die Zeitsouveränität gesprochen hat und dabei darauf hinwies, dass die Zeitsouveränität in Zukunft ein Schlüssel in unserer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft ist, dass auch Arbeitszeiten abends und nachts eine stärkere Rolle spielen. Auf die Frage, was wir dann mit den Kindern machen, kam als Antwort nur: Dann müssen die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen flexibler werden.

Diesen Kreis möchte ich schließen mit der Aussage von Alois Glück: Wir müssen an das Wohl der Kinder denken. Da ist die Frage, ob es dem Kindeswohl entspricht, wenn wir die Kinder diesen Zeitmechanismen unterwerfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweitens. Bei vielen der jugendlichen Täter, die Gewalt ausgeübt haben, spielt die fehlende Kommunikation zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen Seite und ihrer Umgebung andererseits eine entscheidende Rolle. Wir müssen uns hier fragen: Fördern wir in ausreichendem Maße eine Kultur des gegenseitigen Verständnisses, der Toleranz und des Hinhörens?

Drittens. In der Konfrontation von Kindern und Jugendlichen mit Gewaltproblemen, aber auch in der Entwicklung auf vielen anderen gesellschaftlichen Gebieten sehen wir – diese Meinung wird durch Fachleute unterstützt –, dass es im persönlichen Umgang an Vertrauen, ja an emotionaler Kompetenz fehlt.

Der amerikanische Psychologe Daniel Golman, in Deutschland bekannt geworden durch sein Buch „Emotionale Intelligenz“, nennt in diesem Zusammenhang die drei häufigsten emotional ungeeigneten Verhaltensweisen im Umgang mit Kindern. Es ist dies erstens das völlige Ignorieren der Gefühle, wobei man emotionale Erregungen des Kindes oder des Jugendlichen als trivial oder lästig empfindet, als irgendetwas, das sich dann schon wieder legen wird. Diese emotionalen Momente werden nicht als Chance genutzt, näher an das Kind heranzukommen oder ihm zu helfen, etwas über emotionale Kompetenz zu lernen.

Eine zweite Verhaltensweise, die wir auch persönlich – das muss ich als Vater ganz offen sagen – kennen: Mit einer Überbetreuung ist übermäßige Toleranz verbunden. Man versucht, alle Aufregungen zu dämpfen und verlegt sich aufs Schachern und Bestechen, um zu erreichen, dass das Kind nicht mehr traurig oder wütend ist.

Ein drittes Beispiel, das Golman hier nennt, ist die diesem Vertrauen widersprechende Reaktion der Verächtlichkeit, die keinerlei Respekt für die Empfindungen des Kindes beweist. Das Verbot jeder Reaktion mit der berühmten Aussage: „Keine Widerworte!“ unterdrückt emotionale Entwicklungen.

Viertens. Werden Eltern oder auch Bildungseinrichtungen aus der Elementarbildung in ausreichendem Maße befähigt und in die Lage versetzt, den Entwicklungsprozess eines Kindes auch hin zur sozialen und zur Bildungsreife zu begleiten? Ich darf hier nochmals Daniel Golman zitieren, der die Förderung von Selbstvertrauen, Neugier, Selbstbeherrschung, Verbundenheit, Kommunikationsfähigkeit oder auch Kooperationsbereitschaft nennt.

Fünftens. Wir müssen uns auch fragen: Werden die Kinder und Jugendlichen, bei denen besondere Belastungen und Herausforderungen gegeben sind, in besonderer Weise gestützt? Aus ihrem Entwicklungsrahmen kommt ein Nährboden für Gewaltentwicklung. Ich denke an Kinder von drogenabhängigen Familien – allein in der Landeshauptstadt München sind es mehr als 1500 Kinder – oder an die echten Opfer von Trennung und Scheidung, denen willkürlich ein Elternteil vorenthalten wird, oder auch an Kinder, die in schwierigen materiellen und sozialen Verhältnissen aufwachsen. In den USA mussten zum Beispiel 65% dieser Kinder die erste Klasse wiederholen. Sie waren ängstlich, unaufmerksam und apathisch.

Ein Vergleich dieser keineswegs theoretischen oder nur wissenschaftlich fundierten Ziele mit der Realität und den Zielen einer von wirtschaftlicher Dominanz geprägten Gesellschaft überzeugt uns davon, dass wir Lösungen für das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Gefühlskälte entwickeln müssen.

Sechstens. Werden Eltern im Umgang mit Medien ausreichend unterstützt? Das hat heute schon eine große Rolle gespielt. Der amerikanische Prof. Ezioni, der ein geistiger Vater des Kommunitarismus gewesen ist, hat einmal von „Fernsehökologie“ gesprochen und meint damit den bewussten und sparsamen Umgang mit den

Medien auch jenseits des TV-Bereichs, also den Gebrauch von Videos und des Internet.

Siebtens. Wenn uns die Förderung des Emotionalen für eine gelingende Entwicklung als besonders wichtig erscheint, aber Lern- und Bildungsziele, die sich überwiegend am Leistungsdenken orientieren, der ausschließliche Schlüssel zum Erfolg sind, dann müssen wir hier noch einiges überdenken.

Welche Konsequenzen muss nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Politik ziehen? – Wir stellen fest, dass die Tendenz und Entwicklung in der Gewaltorientierung – in Erfurt oder vorher bei derartigen Ereignissen – Ausschläge gefunden hat, denen man mit einem gesellschaftspolitischen Gesamtkonzept begegnen muss. Aber es sollte in dem Zusammenhang auch endlich das, was Experten an Forderungen stellen, umgesetzt werden. Ich darf das in aller Kürze noch ansprechen.

Erstens. Wir müssen in der gesamten Bundesrepublik endlich zu einer Politik kommen, die im Bereich von Familien, der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen die Prävention, die Vorbeugung in den Vordergrund stellt.

Zweitens. Wenn wir erkannt haben, dass sich unsere Gesellschaft in einem besonderen sozialen Wandel bislang unbekanntem Ausmaßes mit einer noch nie da gewesenen Geschwindigkeit befindet, benötigen Familien neben den bisherigen staatlichen familienpolitischen Hilfen zusätzliche Kompetenz, um mit diesen Veränderungen angemessen umgehen zu können.

Die Stärkung der Familien- und der Partnerschaftskompetenz als Voraussetzung stellt demnach eine vordringliche Aufgabe einer zeitgemäßen Familienpolitik dar.

Drittens. Zur Gewaltvermeidung gehört natürlich auch die Förderung der Rahmenbedingungen für eine gelingende Erziehung. Hierzu gehören eine bessere zeitliche Souveränität und eine in jeder Hinsicht, nicht nur in der Kinderbetreuung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies bedeutet aus meiner Sicht übrigens auch, dass den Vätern ein stärkeres Einbringen in die Erziehung als eine selbstverständliche und herausfordernde Aufgabe erscheint.

Viertens. Eltern- und Familienbildung einer völlig neuen Form muss künftig zwischen Familien- und Bildungspolitik einen ganz neuen Sektor darstellen. Der Staat, Kommunen, aber auch über die Gebühren die betroffenen Eltern geben viel Geld für Angebote aus, die hervorragend sind. Sie erreichen aber in erster Linie jene Eltern, die sich ohnehin in besonderer Weise um diese Aufgabe kümmern. Notwendig sind deshalb niedrigschwellige Angebote. Nötig ist eine Vernetzung der Bildungs- und Sozialpolitik, die in der Geburtsvorbereitung, bei der Gynäkologie in den Geburtskliniken und in der Elementarbildung ansetzen muss. Notwendig ist auch die Erprobung von Mitbestimmungsmöglichkeiten von Familien über Inhalte dieser Familienbildung. Wir müssen die Eltern- und Familienbildung in einer heute noch zersplitterten Beratungslandschaft besser zusammenführen, um die hervorragende und bewährte Arbeit von Ehe-

Erziehungs-, Familien- und Jugendberatung noch besser, noch stärker miteinander vernetzen zu können.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein Bildungskonzept, auch für Elementarbildungseinrichtungen, das heißt Kindertagesstätteneinrichtungen, das sich zur Fortschreibung des jetzigen Rahmenkonzeptes eignet. Eltern müssen auch mehr über das Bescheid wissen, was sich in den Einrichtungen abspielt. Ihre Mitwirkung und Mitbestimmung müssen ausgebaut werden. Wir brauchen Hilfe für Problemfamilien. Gerade bei den immer häufiger vorkommenden Trennungs- und Scheidungsfällen ist ein Zusammenhang mit Gewaltentwicklung vorzufinden. Eine häufig damit verbundene, durch die Jugendämter auch nicht gerade abgebremste Ausgrenzung eines Elternteils darf nicht hingenommen werden. Diese Defizite müssen durch umfassende Gegenkonzepte beseitigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Bündnisse zur Besserung der Situation die Rede. Gerade bei diesem Thema ist es allererstes Gebot, einen Konsens von Politik, Eltern, den betroffenen Kindern und Jugendlichen selbst, den Erzieherinnen und Erziehern sowie den werbenden Gemeinschaften, den Kirchen und dem Vereinsleben auf einer allgemein anerkannten Wertebasis herzustellen. Das ist ein lohnenswertes Ziel, dem wir uns in diesem Hohen Hause gemeinsam stellen sollten. Dann können wir vielleicht einen Beitrag dazu leisten, um die Gewaltspirale einzudämmen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Ich rufe die nächste Rednerin auf. Frau Stahl, bitte.

Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Da ich die letzte Rednerin bin, möchte ich gerne versuchen, wieder den Bogen zu Herrn Glück zu schlagen; denn sein Beitrag war der Ausgangspunkt unserer Debatte.

Tatsächlich haben Sie Recht, dass wir grundsätzlich und natürlich auch über konkrete Maßnahmen diskutieren müssen. Dies ist im heutigen Rahmen nur in einem sehr eingeschränkten Umfang möglich, weshalb das heute – ich glaube, da sind wir einer Meinung – nicht die letzte Debatte gewesen sein kann. Ich will Ihnen aber auch – gestatten Sie mir das – ein bisschen Mut machen; denn ich hatte schon den Eindruck, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CSU in einen gewissen Kulturpessimismus verfallen sind, den ich eigentlich für unangebracht halte, Kulturpessimismus deshalb, weil sehr stark auf eine zunehmende Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen abgestellt wird.

Ich sage Ihnen hierzu: Schauen Sie sich das Durchschnittsalter von Tätern an, die wirklich ganz schwere Verbrechen begangen haben oder die zum Kreis der Amokläufer gehören. Sie werden ein Durchschnittsalter von 35 Jahren finden. Eine ganze Reihe älterer Männer

gehört zu dieser Gruppe, die ganze Familien auslösen. Genau diese Tätergruppe vergessen wir immer. Heute geht es aber zugegebenermaßen um Kinder und Jugendliche. Das ist aber kein Grund, zu pessimistisch zu sein.

Auch die wachsende Gewalt, von der immer wieder gesprochen worden ist, hält sich in Grenzen. Es ist nicht so, dass wir eine zunehmende Gewaltbereitschaft haben. Wir haben eine Tätergruppe von Jugendlichen, die wiederholt mit schweren Delikten straffällig werden, deswegen ist aber insgesamt die Jugend nicht schlechter als jene, die wir schon immer kennen. Auch der Wertewandel, den wir haben, den es wohlweislich gibt und über den wir sprechen müssen, führt nicht zum Untergang des Abendlandes. Auch darin sind wir uns sicher einig. Das sind geänderte Werte, die in einen anderen Kontext gestellt werden müssen.

Die Entschließungsanträge der CSU und der SPD enthalten vieles, was wir unterschreiben können. Wir müssen feststellen, dass die zurückhaltenden Worte, die in vielen Debattenbeiträgen gewählt wurden – ich bedanke mich ausdrücklich bei Herrn Schneider, Herrn Unterländer und Herrn Glück und den Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die, anders als die Sozialministerin und die Bildungsministerin, differenziert gesprochen haben –, und die zurückhaltenden Worte in den Entschließungsanträgen – das ist für mich der ausschlaggebende Grund, weshalb ich mich bei dem Entschließungsantrag enthalten werde –, im Widerspruch zur Politik im Landtag stehen, die für uns drei Jahre erlebbar war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel geben. Von meinem Kollegen Dr. Dürr und auch von anderen wurde darauf hingewiesen, dass wir auch auf die Gewalt eingehen müssen, die Kinder und Jugendliche in der Familie oder außerhalb erfahren, zum Beispiel durch sexuellen Missbrauch, durch wiederholtes Prügeln. Ich denke, dies prägt, und aus solchen Kindern werden Täter und Täterinnen; das wissen wir. Ich frage mich, wieso ein Antrag der SPD im Rechtsausschuss – dieser Antrag bezog sich auf die Zustimmung der CSU im Bundestag, als es darum ging, Kinderrechten Verfassungsrang einzuräumen und das Züchtigungsrecht zurückzufahren – mit den Worten abgelehnt wurde, das Züchtigungsrecht der Eltern sei Privatangelegenheit und gehe uns nichts an. Ich glaube, genau das sind die Punkte, über die wir in den Ausschüssen noch einmal diskutieren und bei denen wir nachhaken müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Was wir jedenfalls im Rechts- und auch im Innenausschuss an Sanktionskatalogen vorgelegt bekommen haben, vor allem von den Kollegen Hölzl, Heike und anderen, steht eher in der Tradition sehr konservativer Pädagogen, für die Sanktionen und eben nicht die Wertevermittlung im Vordergrund stehen. Meine Damen und Herren, wenn Sie immer nur mit Strafe drohen, erreichen Sie bei den Kindern nicht unbedingt eine Einsicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich ist es wichtig – dass wir das überhaupt ansprechen müssen und bei der jeweils anderen Fraktion infrage stellen, finde ich eigentlich empörend –, dass wir Werte vermitteln. Natürlich ist es wichtig, dass wir Grenzen aufzeigen. Zeigen Sie mir in jeder einzelnen hier vertretenen Fraktion das Elternpaar, das dies nicht tut, sondern der schrankenlosen Freiheit das Wort redet. So ist es doch nicht. Kein Elternpaar wird begeistert sein, wenn sein Kind Probleme wegen Vandalismus im öffentlichen Raum bekommt oder wenn es Mitschüler drangsaliert oder Ähnliches. Jedes Elternpaar wird dagegen einschreiten.

Ich bin Herrn Schneider und Herrn Unterländer auch dankbar, dass sie trotz des Ruffels der Bildungsministerin die gesellschaftspolitischen Gesamtumstände angesprochen haben, auf die mein Kollege Dürr und auch Frau Münzel hingewiesen haben. Frau Hohlmeier meinte, man dürfe nicht „gesellschaftliche Umstände“ sagen, weil man damit Verantwortung an wen auch immer zurückweise und weil man nicht genau benenne, was geändert werden müsse. Die gesamtgesellschaftlichen Umstände tragen natürlich auch zu einer gewissen Verrohung bei.

Ich möchte eine Frage zur Diskussion in den Raum stellen: Verrohen Kinder nicht auch, wenn zum Beispiel der Vater mit 45 Jahren arbeitslos wird, längere Zeit arbeitslos bleibt, die Familie verarmt und dann die entsprechenden Folgen eintreten? Haben neben den Lehrern und neben den Eltern nicht auch zum Beispiel die Wirtschaft und andere Personenkreise gesamtgesellschaftliche Pflichten zu erfüllen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte noch einmal kurz auf unseren Entschließungsantrag, für den ich im Übrigen namentliche Abstimmung beantrage, zurückkommen. Im Waffenrecht sind wir weitgehend d'accord. In dieser Frage sind sich Herr Dr. Beckstein und die GRÜNEN erstaunlicherweise sehr nahe. Als es jedoch um die Änderung des Waffenrechtes ging, haben mir Schützenvereine geschrieben, dass die CSU sehr vorbildlich sei, also im Sinne der Schützenvereine gehandelt habe. Die CSU hat also etwas anders als die Bundestagsfraktion der GRÜNEN agiert.

Die Video- und Computerspiele sind in unserem Antrag ebenfalls angesprochen worden. Wir müssen hier tätig werden. Wir machen uns jedoch nicht die Illusion, dass man damit alle künftigen Gewalttaten verhindern könnte. Hier kommt es vor allem auf die Persönlichkeitsstruktur des Täters an. Wenn es kein Videospiel ist, ist es eben ein anderer Auslöser. Massaker hat es zu allen Zeiten gegeben, und es wird sie leider immer wieder geben. Das entbindet uns jedoch nicht von der Pflicht, tätig zu werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für ihren Dringlichkeitsantrag ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt. Die namentliche Abstimmung wird nicht vor 17.45 Uhr stattfinden. Zwischenzeitlich rufe ich daher auf:

Tagesordnungspunkt 3 b

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (Drucksache 14/9394)

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Es ist so beschlossen.

Da zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Einführung integrierter Leitstellen ein größerer Diskussionsbedarf besteht, wird dieser Tagesordnungspunkt erst morgen aufgerufen.

Ich rufe nun auf:

Tagesordnungspunkt 6

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 63 Absatz 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage 2)

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für fünf Minuten und bitte Sie, sich um 17.45 Uhr zur Abstimmung wieder im Plenarsaal einzufinden.

(Unterbrechung von 17.40 bis 17.44 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. Ich lasse jetzt über die mitberatenden Dringlichkeitsanträge zur Aktuellen Stunde abstimmen. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zu allen drei Dringlichkeitsanträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Mehr Zeit, Sicherheit und Handlungsspielräume für die Jugend“, Drucksache 14/9439, abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten

Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne befindet sich auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion im Bereich der Eingangstüren. Die Urne für die Stimmenthaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.45 bis 17.50 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und morgen bekannt gegeben.

Wir führen jetzt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Wachsende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen – Konsequenzen für Gesellschaft und Politik“, Drucksache 14/9440, durch. Die Ja-Urne wird auf der Seite der CSU-Fraktion aufgestellt, die Nein-Urne auf der Oppositionsseite im Bereich der Eingangstüren; die Urne für Stimmenthaltungen befindet sich wieder auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Dafür stehen wiederum fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.51 bis 17.56 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und morgen bekannt gegeben.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Wachsende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft – Konsequenzen für die Kinder- und Jugendpolitik“, Drucksache 14/9441.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Ja-Urne befindet sich auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion. Die Urne für Stimmenthaltungen befindet sich wiederum auf dem Stenografentisch.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 17.57 bis 18.02 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und morgen bekannt gegeben. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.03 Uhr)

Neuzusammensetzung der Ausschüsse

Ausschussbesetzungen, Vorsitzende und Stellvertreter

Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Vorsitzender: Ach Manfred (CSU)
Stellvertreter: Strasser Johannes (SPD)

- | | | |
|-----------------------------|----------------------------------|--------------------------------|
| 1. Ach Manfred (CSU) | 9. Kreidl Jakob (CSU) | 17. Schieder Werner (SPD) |
| 2. Dr. Bernhard Otmar (CSU) | 10. Kupka Engelbert (CSU) | 18. Strasser Johannes (SPD) |
| 3. Eckstein Kurt (CSU) | 11. Lochner-Fischer Monica (SPD) | 19. Strehle Max (CSU) |
| 4. Gabsteiger Günter (CSU) | 12. Meyer Franz (CSU) | 20. Traublinger Heinrich (CSU) |
| 5. Hartmann Gerhard (SPD) | 13. Dr. Müller Helmut (CSU) | 21. Voget Anne (SPD) |
| 6. Hecht Inge (SPD) | 14. Neumeier Johann (CSU) | 22. Winter Georg (CSU) |
| 7. Kellner Emma (B90 GRU) | 15. Niedermeier Hermann (SPD) | 23. Wolfrum Klaus (SPD) |
| 8. Kiesel Robert (CSU) | 16. Sackmann Markus (CSU) | |

Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

Vorsitzender: Dr. Hahnzog Klaus (SPD)
Stellvertreter: Weinhofer Peter (CSU)

- | | | |
|-------------------------------------|-----------------------------|-------------------------------|
| 1. Dr. Fickler Ingrid (CSU) | 7. Kreuzer Thomas (CSU) | 13. Stahl Christine (B90 GRU) |
| 2. Förstner Anna-Maria (SPD) | 8. Leeb Hermann (CSU) | 14. Vogel Wolfgang (SPD) |
| 3. Dr. Hahnzog Klaus (SPD) | 9. Dr. Merkl Gerhard (CSU) | 15. Volkmann Rainer (SPD) |
| 4. Jetz Stefan (CSU) | 10. Müller Willi (CSU) | 16. Weinhofer Peter (CSU) |
| 5. Klinger Rudolf (CSU) | 11. Narnhammer Bärbel (SPD) | 17. ... |
| 6. König Alexander (CSU) | 12. Peterke Rudolf (CSU) | |

Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Vorsitzender: Dr. Kempfler Herbert (CSU)
Stellvertreter: Vorschlag der SPD-Fraktion: **Schmitt-Bussinger Helga** (SPD) Wahl im Ausschuss am 5.6.02

- | | | |
|---------------------------------------|--------------------------------|-------------------------------------|
| 1. Boutter Rainer (SPD) | 9. Heike Jürgen W. (CSU) | 17. Peterke Rudolf (CSU) |
| 2. Brosch Franz (CSU) | 10. Hermann Joachim (CSU) | 18. Schmitt-Bussinger Helga (SPD) |
| 3. Dodell Renate (CSU) | 11. Hölzl Manfred (CSU) | 19. Schreck Helmut (CSU) |
| 4. Egleder Udo (SPD) | 12. Dr. Kempfler Herbert (CSU) | 20. Schuster Stefan (SPD) |
| 5. Ettengruber Herbert (CSU) | 13. Kreuzer Thomas (CSU) | 21. Stahl Georg (CSU) |
| 6. Prof. Dr. Gantzer Peter Paul (SPD) | 14. Kustner Franz (CSU) | 22. Tausendfreund Susanna (B90 GRU) |
| 7. Dr. Götz Franz (SPD) | 15. Mehrlich Heinz (SPD) | 23. Zeitler Otto (CSU) |
| 8. Haedke Joachim (CSU) | 16. Naaß Christa (SPD) | |

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

Vorsitzender: Dinglreiter Adolf (CSU)
Stellvertreter: Dr. Kaiser Heinz (SPD)

- | | | |
|------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------|
| 1. Appelt Dieter (SPD) | 9. Dr. Kaiser Heinz (SPD) | 17. Rotter Eberhard (CSU) |
| 2. Beck Adolf (CSU) | 10. Dr. Kronawitter Hildegard (SPD) | 18. Rudrof Heinrich (CSU) |
| 3. Blöchl Josef (CSU) | 11. Leichtle Wilhelm (SPD) | 19. Dr. Runge Martin (B90 GRU) |
| 4. Breitschwert Klaus Dieter (CSU) | 12. Lode Arnulf (CSU) | 20. Schläger Albrecht (SPD) |
| 5. Brosch Franz (CSU) | 13. Memmel Hermann (SPD) | 21. Dr. Scholz Manfred (SPD) |
| 6. Christ Manfred (CSU) | 14. Peters Gudrun (SPD) | 22. Dr. Söder Markus (CSU) |
| 7. Dinglreiter Adolf (CSU) | 15. Pienßel Franz (CSU) | 23. Stamm Barbara (CSU) |
| 8. Dodell Renate (CSU) | 16. Pschierer Franz (CSU) | |

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Vorsitzender: Loscher-Frühwald Friedrich (CSU)

Stellvertreter: Starzmann Gustav (SPD)

- | | | |
|-------------------------------------|---|----------------------------------|
| 1. Berg Irlind (SPD) | 9. Heckel Dieter (CSU) | 17. Rubenbauer Herbert (CSU) |
| 2. Brandl Max (SPD) | 10. Hecker Annemarie (CSU) | 18. Schultz Heiko (SPD) |
| 3. Brunner Helmut (CSU) | 11. Kuchenbaur Sebastian (CSU) | 19. Schweiger Rita (CSU) |
| 4. Dr. Dürr Sepp (B90 GRU) | 12. Loscher-Frühwald Friedrich (CSU) | 20. Starzmann Gustav (SPD) |
| 5. Eck Gerhard (CSU) | 13. Lück Heidi (SPD) | 21. von Truchseß Ruth (SPD) |
| 6. Förstner Anna-Maria (SPD) | 14. Dr. Rabenstein Christoph (SPD) | 22. Prof. Dr. Vocke Jürgen (CSU) |
| 7. Göppel Josef (CSU) | 15. Ranner Sepp (CSU) | 23. Zengerle Josef (CSU) |
| 8. Dr. Gröber Klaus (CSU) | 16. Freiherr von Rotenhan Sebastian (CSU) | |

Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

Vorsitzender: Wahnschaffe Joachim (SPD)

Stellvertreter: Kobler Konrad (CSU)

- | | | |
|---------------------------|---|---------------------------------|
| 1. Berg Irlind (SPD) | 9. Obermeier Thomas (CSU) | 17. Steiger Christa (SPD) |
| 2. Fischer Herbert (CSU) | 10. Pongratz Ingeborg (CSU) | 18. von Truchseß Ruth (SPD) |
| 3. Geiger Hermann (SPD) | 11. Freiherr von Rotenhan Sebastian (CSU) | 19. Unterländer Joachim (CSU) |
| 4. Dr. Gröber Klaus (CSU) | 12. Rubenbauer Herbert (CSU) | 20. Wahnschaffe Joachim (SPD) |
| 5. Hausmann Heinz (CSU) | 13. Schmid Albert (CSU) | 21. Werner Hans Joachim (SPD) |
| 6. Hirschmann Anne (SPD) | 14. Schmid Berta (CSU) | 22. Dr. Zimmermann Thomas (CSU) |
| 7. Kobler Konrad (CSU) | 15. Schopper Theresa (B90 GRU) | 23. ... |
| 8. Matschl Christa (CSU) | 16. Schultz Heiko (SPD) | |

Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur

Vorsitzender: Dr. Wilhelm Paul (CSU)

Stellvertreterin: Dr. Baumann Dorle (SPD)

- | | | |
|------------------------------|-------------------------------------|---|
| 1. Dr. Baumann Dorle (SPD) | 7. Odenbach Friedrich (SPD) | 13. Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard (CSU) |
| 2. Hufe Peter (SPD) | 8. Freiherr von Redwitz Eugen (CSU) | 14. Vogel Wolfgang (SPD) |
| 3. Kränzle Bernd (CSU) | 9. Sauter Alfred (CSU) | 15. Dr. Waschler Gerhard (CSU) |
| 4. Prof. Männle Ursula (CSU) | 10. Dr. Schuhmann Manfred (SPD) | 16. Dr. Wilhelm Paul (CSU) |
| 5. Münzel Petra (B90 GRU) | 11. Dr. Söder Markus (CSU) | 17. Dr. Zimmermann Thomas (CSU) |
| 6. Nadler Walter (CSU) | 12. Dr. Spaenle Ludwig (CSU) | |

Ausschuss für Bildung, Jugend und SportVorsitzender: Vorschlag der SPD-Fraktion: **Schieder** Marianne (SPD) Wahl im Ausschuss am 16.5.02Stellvertreter: Vorschlag der CSU-Fraktion: **Schneider** Siegfried (CSU) Wahl im Ausschuss am 16.5.02

- | | | |
|-----------------------------|------------------------------------|-------------------------------|
| 1. Donhauser Heinz (CSU) | 7. Pachner Reinhard (CSU) | 13. Schneider Siegfried (CSU) |
| 2. Egleder Udo (SPD) | 8. Pfaffmann Hans-Ulrich (SPD) | 14. Sibler Bernd (CSU) |
| 3. Goertz Christine (SPD) | 9. Pranghofer Karin (SPD) | 15. Dr. Spaenle Ludwig (CSU) |
| 4. Guttengerger Petra (CSU) | 10. Rudrof Heinrich (CSU) | 16. Stahl Georg (CSU) |
| 5. Münzel Petra (B90 GRU) | 11. Schieder Marianne (SPD) | 17. Thätter Blasius (CSU) |
| 6. Nöth Eduard (CSU) | 12. Schmid Peter (CSU) | |

Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes

Vorsitzender: Prof. Dr. Eykmann Walter (CSU)

Stellvertreter: Franzke Dietmar (SPD)

- | | | |
|-----------------------------------|------------------------------------|--------------------------------|
| 1. Brunner Helmut (CSU) | 7. Naaß Christa (SPD) | 13. Schreck Helmut (CSU) |
| 2. Prof. Dr. Eykmann Walter (CSU) | 8. Nöth Eduard (CSU) | 14. Sprinkart Adi (B90 GRU) |
| 3. Franzke Dietmar (SPD) | 9. Odenbach Friedrich (SPD) | 15. Unterländer Joachim (CSU) |
| 4. Goertz Christine (SPD) | 10. Peterke Rudolf (CSU) | 16. Dr. Waschler Gerhard (CSU) |
| 5. Heckel Dieter (CSU) | 11. Pongratz Ingeborg (CSU) | 17. Wörner Ludwig (SPD) |
| 6. Jetz Stefan (CSU) | 12. Schmid Peter (CSU) | |

Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Vorsitzender: Schindler Franz (SPD)

Stellvertreter: Ritter Ludwig (CSU)

- | | | |
|-----------------------------|------------------------------------|------------------------------------|
| 1. Appelt Dieter E. (SPD) | 9. Matschl Christa (CSU) | 17. Ritter Ludwig (CSU) |
| 2. Christ Manfred (CSU) | 10. Obermeier Thomas (CSU) | 18. Scharfenberg Maria (B90 GRU) |
| 3. Fischer Herbert (CSU) | 11. Pachner Reinhard (CSU) | 19. Schindler Franz (SPD) |
| 4. Geiger Hermann (SPD) | 12. Peters Gudrun (SPD) | 20. Sibler Bernd (CSU) |
| 5. Guckert Helmut (CSU) | 13. Pienßel Franz (CSU) | 21. Weber Manfred (CSU) |
| 6. Guttenberger Petra (CSU) | 14. Pranghofer Karin (SPD) | 22. Weichenrieder Max (CSU) |
| 7. Hirschmann Anne (SPD) | 15. Pschierer Franz Josef (CSU) | 23. Werner Hans Joachim (SPD) |
| 8. König Alexander (CSU) | 16. Dr. Rabenstein Christoph (SPD) | |

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Vorsitzender: Zeller Alfons (CSU)

Stellvertreter: Dr. Köhler Heinz (SPD)

- | | | |
|------------------------------|---|----------------------------|
| 1. Eck Gerhard (CSU) | 7. Dr. Kronawitter Hildegard (SPD) | 13. Ranner Sepp (CSU) |
| 2. Ettengruber Herbert (CSU) | 8. Kuchenbaur Sebastian (CSU) | 14. Schmidt Renate (SPD) |
| 3. Dr. Gauweiler Peter (CSU) | 9. Lode Arnulf (CSU) | 15. Schweder Christl (CSU) |
| 4. Gote Ulrike (B90 GRU) | 10. Meißner Christian (CSU) | 16. Thätter Blasius (CSU) |
| 5. Kobler Konrad (CSU) | 11. Möstl Fritz (SPD) | 17. Zeller Alfons (CSU) |
| 6. Dr. Köhler Heinz (SPD) | 12. Müller Herbert (SPD) | |

Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen

Vorsitzender: Kaul Henning (CSU)

Stellvertreter: Paulig Ruth (B90 GRU)

- | | | |
|--------------------------------------|--------------------------------|------------------------------------|
| 1. Boutter Rainer (SPD) | 9. Hofmann Walter (CSU) | 17. Simon Hildegard (SPD) |
| 2. Deml Marianne (CSU) | 10. Kaul Henning (CSU) | 18. Schmidt-Sibeth Waltraud (SPD) |
| 3. Gartzke Wolfgang (SPD) | 11. Kustner Franz (CSU) | 19. Schweder Christl (CSU) |
| 4. Göppel Josef (CSU) | 12. Lück Heidi (SPD) | 20. Prof. Dr. Vocke Jürgen (CSU) |
| 5. Guckert Helmut (CSU) | 13. Prof. Männle Ursula (CSU) | 21. Weber Manfred (CSU) |
| 6. Haedke Joachim (CSU) | 14. Meißner Christian (CSU) | 22. Weichenrieder Max (CSU) |
| 7. Hartenstein Volker (fraktionslos) | 15. Möstl Fritz (SPD) | 23. Wörner Ludwig (SPD) |
| 8. Heinrich Horst (SPD) | 16. Paulig Ruth (B90 GRU) | 24. Zengerle Josef (CSU) |

Die Neubesetzungen sind fett gedruckt

Beschlußempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge (Tagesordnungspunkt 6) zu Grunde gelegt wurden

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Baumann, Hufe SPD Betriebswirtschaftliche Ausbildungsinhalte für angehende Künstler, Kulturwissenschaftlerinnen und Kulturwissenschaftler
Drs. 14/5555, 14/9390 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Naaß, Franzke u.a. SPD Zuteilungsrichtlinien für Verwaltungsangestellte an Volksschulen
Praxisklassen doppelt zählen
Drs. 14/6539, 14/9376 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	Z	ENTH	ENTH

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Baumann, Hufe SPD Qualitative Untersuchung zu den Entwicklungschancen der Kulturwirtschaft in Bayern
Drs. 14/6653, 14/9391 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Stahl Christine, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern (1)
Leitbild für politisches Handeln
Drs. 14/6811, 14/9335 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Stahl Christine, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern (2)
Pilotprojekte
Drs. 14/6812, 14/9336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Stahl Christine, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern (3)
Fortbildung für Führungskräfte
Drs. 14/6813, 14/9337 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Stahl Christine, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern (4)
Ressortinterne Koordinationsstellen
Drs. 14/6814, 14/9338 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | A | Z |
8. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Stahl Christine, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern (5)
Geschlechterdifferenzierte Datenerhebung
Drs. 14/6815, 14/9339 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
9. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Stahl Christine, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern (6)
Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 14/6816, 14/8910 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
10. Antrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Hirschmann u.a. SPD
Gender Mainstreaming konsequent umsetzen
Drs. 14/7052, 14/9340 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
11. Antrag der Abgeordneten Schammann, Paulig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wurfscheibenschießanlagen – Boden- und Grundwasserkontamination durch Bleischrot in Bayern
Drs. 14/7309, 14/9214 (A) [X]
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
12. Antrag der Abgeordneten Odenbach, Schläger SPD
Zukunftsperspektiven der bayerischen Häfen
Drs. 14/7454, 14/9352 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
13. Antrag der Abgeordneten Loscher-Frühwald, Raner u.a. CSU
Marktentlastung durch Frühvermarktungsprämie
Drs. 14/7505, 14/9382 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
14. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Sprinkart, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verwaltungsangestellte an Volksschulen
Drs. 14/7658, 14/9174 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
15. Antrag der Abgeordneten Naaß, Odenbach, Franke u.a. SPD
Schulverbund bei Verwaltungsangestellten
Drs. 14/7672, 14/9175 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
16. Antrag der Abgeordneten Narnhammer, Werner-Muggendorfer, Voget u.a. SPD
Fortschreibung des Jugendprogramms
Drs. 14/7674, 14/9173 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
17. Antrag der Abgeordneten Loscher-Frühwald, Raner u.a. CSU
Öffnung der Grenzen für den Rinderexport nach Österreich
Drs. 14/7676, 14/9209 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |

- | <p>18. Antrag der Abgeordneten Starzmann, Lück, Dr. Rabenstein u.a. SPD
Mehr Schutz vor MKS
Drs. 14/7811, 14/9210 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
|--|---|------------|------------|------------|------------|---|---|------|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|------|
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>19. Antrag der Abgeordneten Kobler, Dr. Gröber, Schmid Berta u.a. CSU
Förderung von mobilen Einrichtungen (Infomobil) in zu errichtenden Kompetenzzentren der „Netzwerke Ernährungsprävention“
Drs. 14/7823, 14/9172 (ENTH)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>ENTH</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | ENTH | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>20. Antrag der Abgeordneten Naaß, Lochner-Fischer, Franzke u.a. SPD
Gender Mainstreaming als Verpflichtung für den Bayerischen Beschäftigungspakt
Drs. 14/7894, 14/9341 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>21. Antrag der Abgeordneten Dr. Fickler u.a. CSU
Gender Mainstreaming („Geschlechterspezifische Sichtweise“)
Drs. 14/7971, 14/9342 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>ENTH</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | ENTH |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>22. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Scharfenberg und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Forschungsprogramm zur artgerechten Haltung von Wassergeflügel
Drs. 14/7989, 14/9211 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>23. Antrag der Abgeordneten Loscher-Frühwald, Ranner, Breitschwert u.a. CSU
Versuchseinheit von Kleingruppenhaltung für Legehennen
Drs. 14/8170, 14/9212 (E)</p> | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>A</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | A | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | A | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>24. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Dürr, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mentoring-Offensive
Mehr Frauen in die Führungspositionen der bayerischen Verwaltung
Drs. 14/8195, 14/9343 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>25. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Paulig, Schammann und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Autobahnraststätte Nürnberg-Feucht: Errichtung eines Parkdecks
Drs. 14/8413, 14/9238 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>26. Antrag der Abgeordneten Dr. Söder, Dr. Waschler u.a. CSU
Chancen durch „T-Commerce“ und „iTV“
Drs. 14/8427, 14/9392 (ENTH)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>ENTH</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | ENTH | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>ENTH</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | ENTH |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>27. Antrag des Abgeordneten Hölzl CSU
Genehmigungspflicht für den Umgang mit gefährlichen Tieren
Drs. 14/8433, 14/9187 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>28. Antrag der Abgeordneten Hölzl, Dr. Kempfler, Brosch u.a. CSU
Verherrlichung von Nazigrößen verbieten
Drs. 14/8446, 14/9346 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>A</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | A | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>CSU</th> <th>SPD</th> <th>GRÜ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>A</td> </tr> </tbody> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | A |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | A | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | A | | | | | | | | | | | | | | |

29. Antrag der Abgeordneten Dinglireiter, Lode u.a. CSU
Lkw-Maut
Drs. 14/8466, 14/9239 (G)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | A |
30. Antrag des Abgeordneten Hölzl CSU
Sportanlagen der VI. Polizeiabteilung Dachau
Drs. 14/8490, 14/9188 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
31. Antrag der Abgeordneten Rudrof u.a. CSU
Zweckverband „Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“
Drs. 14/8511, 14/9244 (E) [X]
- Antrag der CSU-Fraktion gem. § 132 Abs. 3 Satz 7 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit**
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
32. Antrag der Abgeordneten Hölzl, Dr. Kempfle u.a. CSU
Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Suizid-Gefahren
Drs. 14/8512, 14/9189 (E) [X]
- Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
33. Antrag der Abgeordneten Naaß, Franzke, Goertz u.a. SPD
Bericht über die Stellen- und Beförderungssituation bei den bayerischen Finanzämtern
Drs. 14/8520, 14/9344 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
34. Antrag der Abgeordneten Naaß, Franzke, Goertz u.a. SPD
Leistungsvergleich der Finanzämter durch die Bertelsmann Stiftung
Drs. 14/8523, 14/9345 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
35. Antrag des Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer SPD
Fortbildungseinrichtungen der Polizei
Drs. 14/8528, 14/9347 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
36. Antrag der Abgeordneten Egleder, Werner-Muggendorfer u.a. SPD
Landesentwicklungsprogramm Bayern;
Bahnlinie München – Passau durchgehend zweigleisig ausbauen
Drs. 14/8530, 14/9240 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
37. Antrag der Abgeordneten Schultz, Wahnschaffe u.a. SPD
Maßnahmen zur verstärkten Beteiligung von Vätern an der Familienarbeit
Drs. 14/8531, 14/9220 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
38. Antrag der Abgeordneten Knauer, Schneider Siegfried, Dr. Eykmann u.a. CSU
Lehrkräfte an der Akademie für Lehrerbildung, Dillingen, im Hochschuldienst und am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung
Drs. 14/8537, 14/9411 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dinglireiter u.a. und Fraktion CSU
Ausreichende Regionalisierungsmittel für einen attraktiven Schienenpersonennahverkehr
Drs. 14/8553, 14/9242 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |

40. Antrag der Abgeordneten Donhauser, Stahl Georg, Dinglreiter CSU
Verbesserung der flächendeckenden Schlaganfallversorgung
Drs. 14/8565, 14/9171 (E)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
41. Antrag der Abgeordneten Schultz, Wahnschaffe u.a. SPD
Betreuungsqualität und Förderpraxis im Netz für Kinder
Drs. 14/8609, 14/9170 (E)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
42. Antrag der Abgeordneten Kreidl, Steinmaßl CSU
Handy-Gebrauch durch Kinder und Jugendliche: Information an den Schulen
Drs. 14/8677, 14/9409 (E)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
43. Antrag der Abgeordneten Dr. Eykmann, Heckel u.a. CSU
Aufhebung der Höchstgrenze von zwei Jahren für die laufbahnrechtliche Anrechnung von Erziehungszeiten
Drs. 14/8679, 14/9350 (E)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
44. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Hölzl, Herrmann u.a. CSU
Verbot der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs prüfen
Drs. 14/8681, 14/9348 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | A |
45. Antrag der Abgeordneten Lück, Hecht, Starzmann SPD
Imkerförderung
Drs. 14/8682, 14/9213 (A)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | ohne |
- bzw. gleichlautendes
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Inanzfragen
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Ach u.a. und Fraktion CSU
Für eine Vereinbarung zur Einhaltung der Stabilitätskriterien ohne Entmündigung der Länder und Kommunen
Drs. 14/8750, 14/9412 (A) [X]
- Antrag der CSU-Fraktion gem. § 132 Abs. 3 Satz 7 GeschO:**
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Schläger, Güller u.a. und Fraktion SPD
Keine rechtsextremistischen Kundgebungen
Drs. 14/8751, 14/9349 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | ENTH |
48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Schneider Siegfried, Dr. Eykmann u.a. und Fraktion CSU
Dienstliche Beurteilung
Drs. 14/8752, 14/9413 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | ENTH | ENTH |
49. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Herrmann, Hölzl u.a. und Fraktion CSU
Verhinderung extremistischer Veranstaltungen
Drs. 14/8754, 14/9351 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
50. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Güller, Strasser und Fraktion SPD
Für einen Stabilitätspakt zur Einhaltung der Stabilitätskriterien ohne Entmündigung der Länder und Kommunen
Drs. 14/8756, 14/9208 (A)

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|------------|------------|------------|------------|--|---|---|---|--|--|------------|------------|------------|--|---|------|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>ENTH</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | ENTH | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | ENTH | Z | | | | | | | | | | | | | | |
51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Franzke, Naaß u.a. und Fraktion SPD
Stopp des 16-Punkte-Beurteilungssystems
Drs. 14/8757, 14/9415 (A)
- | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|------------|------------|------------|------------|--|---|---|---|--|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z | <p>54. Antrag der Abgeordneten Naaß, Franzke, Strasser u.a. SPD
Volizug des Art. 6 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2001/2002;
hier: Aufhebung der Wiederbesetzungssperre für Verwaltungsangestellte an Schulen mit nur einer Kraft
Drs. 14/7671, 14/9377 (E) [X]</p> <p>Antrag der CSU-Fraktion gem. § 132 Abs. 3 Satz 7 GeschO:
Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
52. Antrag der Abgeordneten Glück, Unterländer, Dr. Zimmermann u.a. CSU
Biomedizinische Forschung
Drs. 14/8871, 14/9393 (ENTH)
- | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|------------|------------|------------|------------|--|---|---|------|--|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>ENTH</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | ENTH | <p>55. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Sprinkart und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aktionsprogramm Stickstoff 2000
Drs. 14/8148, 14/9353 (E) [X]</p> <p>Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
53. Antrag der Abgeordneten Köhler Elisabeth, Sprinkart, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beurteilung der Lehrerinnen und Lehrer vereinfachen
Drs. 14/8882, 14/9414 (A)

